

WIRTSCHAFT



**Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum tagt
Linke Demo gegen Coronaleugner*innen
Feministischer Kampftag: Demo am 5. März**

THE ADVENTURES OF MARX-MAN AND ENGELS-BOY



Noch meisterhafter ist seine [Fouriers] Kritik der bürgerlichen Gestaltung der Geschlechtsverhältnisse und der Stellung des Weibes in der bürgerlichen Gesellschaft. Er spricht es zuerst aus, daß in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist.



MEW Bd. 20, S. 242

ANZEIGE

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

Nah-
&
Fern-
Umzüge

Pinienstr. 23a
40233 Düsseldorf 02 11 / 2 39 55 13

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

Hier findet Ihr uns – einige ausgewählte Auslagestellen der

TERZ IN TOWN:

- | | |
|---------------------------|--------------------------------|
| HSD-AStA | Münsterstraße 156 |
| White Rabbit | Birkenstraße 126 |
| Regenbogenbuchladen | Lindenstraße 175 |
| Beethoven | Beethovenstraße 38 |
| Café Luso | An der Icklack 2 |
| Kulturbureau K4 | Kiefernstraße 4 |
| Zakk | Fichtenstraße 40 |
| Back-Eck | Apollinarisstraße 24 |
| Kassette | Flügelstraße 58 |
| Pitcher | Oberbilker Allee 29 |
| LiZe Hinterhof | Corneliusstraße 108 |
| SHD | Kopernikusstraße 53 |
| BiBaBuZe | Aachener Straße 1 |
| Tigges | Brunnenstraße 1 |
| Metropol | Brunnenstraße 20 |
| Café Grenzenlos | Kronprinzenstraße 113 |
| Café Modigliani | Wissmannstraße 6 |
| Frida | Bilker Allee 4 |
| Blende | Friedrichstraße 122 |
| Frauenberatungsstelle | Talstraße 22-24 |
| Pauls | Düsseldorfer Straße 82 |
| Souterrain Kino im Muggel | Dominikanerstraße 4 |
| Destille | Bilker Straße 46 |
| Zum Goldenen Einhorn | Ratinger Straße 18 |
| Cinema | Schneider-Wibbel-Gasse 5-7 |
| Hitsville Records | Wallstraße 21 |
| FFT Kammerspiele / Jutta | KAP1 / Kasernenstr. 6 |
| Waschsalon Rapido | Charlottenstr. 87 |
| WP8 | Worringer Platz 8 |
| Stadtbücherei | Konrad-Adenauer-Platz 1 (KAP1) |
| ... und in Ratingen: | |
| Kiosk Özdemir | Düsseldorfer Str. 72 |
| local-unverpackt | Lintorfer Straße 27-29 |

idiotoreal

Der Pazifismus hat es schwer in diesem Land. Nicht einmal mehr in der Links-Partei trifft er auf ungeteilte Zustimmung. Alle anderen Fraktionen bekennen sich offen zu bewaffneten Konflikt-Lösungen – natürlich immer nur als ultima ratio. Aber ein nonchalanter Umgang mit denen, die dafür die geeigneten Mittel zur Verfügung stellen – den Waffenschmieden – das dann lieber doch nicht. „Rheinmetall als Sponsor (!) für den Düsseldorfer Sport? Rheinmetall?“,

empörte sich die grüne Landesvorsitzende Mona Neubaur auf Twitter: „Euer Ernst?“, während ihre Partei-Kollegin Annalena Baerbock die Russen kommen sieht und den vorerst noch Kalten Krieg weiter anheizt. Als hätten wir mit der Pandemie nicht schon genug zu tun. Wenigstens hat sich dazu nun zum ersten Mal die Düsseldorfer Linke öffentlich positioniert und eine Demonstration organisiert (S. 12-13). Zu der Personen-Gruppe, die dem Virus am schutzlosesten ausgeliefert ist, gehören die Geflüchteten in den Erstaufnahme-Einrichtungen (S. 14-15).

Menschen, die keine Wohnung finden und auf der Straße landen, leiden ebenfalls besonders stark an Corona und den Folgen. Darum ging das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ am 5. Februar auch mit auf der Straße. Heldenhafterweise war es schon eine Woche später wieder am Start und veranstaltete im Zakk einen Workshop zum Thema „Wohnungnot“ (S. 8-11). Und wo bleibt das Positive? Hier ist es: düsselgrün ist die Hoffnung, sagt die Terz, und hält den „Garten-T-raum“ der Initiative bereit (S. 16-17).

impresum i n H a l t

Herausgeber: FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

V.i.S.d.P.: A. Hoffstadt
Cover: UliXXX

Druck: Neuer Weg, Essen
Erscheinungsweise: monatlich
Ausgabe: Nummer 325
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7; 1/07

Anzeigenschluss: 15. des Vormonats
Red.-Schluss: 12. des Vormonats

Telefon: 0211 / 9347787
(Do.-Abend, sonst AB)
E-Mail: terz@free.de
Internet: http://www.terz.org

Bankverbindung:
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Kto.-Inh.: FgK e.V.
IBAN: DE12 4306 0967 4101 9787 00

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser*innen und geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber*innen oder gar des/der V.i.S.d.P. wieder.

Nachdrucke sind mit Quellenangabe und gegen Belegexemplare an die Redaktion erwünscht. Zwei Belegexemplare des Druckwerkes an:

TERZ / FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

Jedes Knastfreiexemplar bleibt Eigentum der Herausgeber*innen, bis es den Gefangenen ausgehändigt ist. Zurhabenahme ist keine Aus-händigung.

Leser*innenbriefe können aus Platzgründen gekürzt werden.

TERZ ist ein Zeitungskollektiv, das offen ist für jede Form von Mitarbeit und Unterstützung. Wir wollen politische und kulturelle Initiativen in dieser Stadt aufgreifen, Missstände thematisieren und die Begrenztheit der Kommunikation sozialer Bewegungen durchbrechen. Deshalb brauchen wir Eure Unterstützung in Form von Infos, Artikeln, Meinungen und Terminen. (Redaktionsschluss ist der 12. des Vormonats).

Nutzt TERZ als Forum
für Diskussion und Streitkultur!

LAUSIGE ZEITEN 4-5
kurzmeldungen, diesmal u. a. mit tasern, schlägen, pantel und seebohm

GENDER 6-7
demo am 05.03. anlässlich des internationalen feministischen kampfes am 08.03.

RECHT AUF STADT 8-11
bündnis für bezahlbaren wohnraum: gemeinsam gegen verdrängung und spekulation

VERVIRT 12-13
düsseldorfer linke formulierte endlich eigene positionen zur pandemie-politik

FESTUNG EUROPA 14-15
lager in der pandemie: geflüchtete zur durchseuchung freigegeben?

SEI DABEI 16-17
das gartenprojekt „düsselgrün“ stellt sich vor und lädt zum einfach-mal-mitmachen ein

ANARCHIST ACADEMY 18
die fau betreibt auf fünf radtouren von märz bis juli anarchistische spurensuche

KURDISTAN 19
repressionspolitik gegen kurdische medienhäuser aus neuss vom bundesverwaltungsgericht bestätigt

MUSIC 20-21
neues aus der plattenkiste, handverlesen und präsentiert von the oberbilker

BOOKS 22
gruppe internationaler kommunisten – rätekommunismus (radencommunisme)

HSD-SEITE 23
forderungen des bündnisses solidarsemester, gedenkstättenfahrten und input



Und Tschüss

Niemand will die Düsseldorfer CDU-Frau Sylvia Pantel. Wir erinnern nochmal kurz an sie: Als Vorsitzende der Frauen-Union lud sie 2019 den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen zu einem Vortrag nach Garath ein. Es herrschte ein Klima von Hass und Menschenfeindlichkeit, wie die TERZ damals schrieb (siehe TERZ 09/2019). Aktuell setzt Pantel sich für die Beibehaltung des Abtreibungsparagraphen §218 und vor allem gegen die Abschaffung der „Werbung“ bzw. Aufklärung zur Abtreibung ein. Sie ist Sprecherin des rechtskonservativen Berliner Kreises in der CDU und sucht immer mal wieder die Nähe zur rechten Werte-Union. Sie sagt über sich selbst – wie Wikipedia schreibt: „zur AfD pflege sie ein ‚praktisches Verhältnis‘“. Im Januar 2022 fand eine Podiumsdiskussion der Werte-Union statt mit Hans-Georg-Maaßen, Sylvia Pantel, Werner Patzelt (relativierte den rechten Hintergrund der Pegida-Demonstrationen), Moritz Hunzinger (Zitat: „Wenn ich das Morgenmagazin anschau, um auf Temperatur zu kommen, haben wir da jetzt über die Hälfte Gesichter, die definitiv einen Migrantenhintergrund haben. Das ist mir zu überdimensioniert.“) und Max Otte (den CDU-Abgeordneten, der von der AfD zur Bundespräsidentenwahl 2022 aufgestellt wurde) zum Thema „Die CDU in der Opposition – Schicksalsjahre einer Volkspartei“. Soweit in aller Kürze. Auch in der CDU wird sie zunehmend als Problemfall angesehen. Bei der Bundestagswahl 2021 bekam sie nur einen aussichtslosen Platz auf der Landesliste. In ihrem Wahlbezirk Düsseldorf-Süd verlor sie deutlich gegen den SPD-Kandidaten und ist damit nicht mehr im Bundestag. Und auch bei der Wahl für den CDU-Bundesvorstand verlor sie krachend. Mit gerade einmal 22,4 Prozent erreichte sie das schlechteste Ergebnis aller Kandidat*innen.

Tasern was das Zeug hält

In den ersten neun Monaten 2021 setzte die NRW-Polizei in fünf ausgewählten Kommunen 156 Mal ihre Taser-Waffen ein. Es gab 123 Androhungen und 31 tatsächliche Schussabgaben. Zwei Mal wurden die Geräte durch direkten Kontakt eingesetzt. Todesfälle im Zusammenhang mit den Einsätzen seien dem Innenministerium nicht bekannt geworden. Das ist auch kein Wunder, da regelmäßig der Tod in Folge von Taser-Einsätzen negiert wird. Im Oktober 2021 starb ein Mann in Garbsen bei Hannover 40 Minuten nach einem Taser-Einsatz. Die Staatsanwaltschaft sah jedoch keinen ursächlichen Zusammenhang. Der Mann war alkoholkrank und seit zwei Tagen auf kaltem Entzug. Es wurde demnach ein Multiorganversagen festgestellt, das zum Tod geführt haben soll. Das dies sehr wohl durch den Tasereinsatz erst begünstigt wurde, liegt nahe. In Neustadt an der Weinstraße verstarb ein weiterer Mann Anfang Oktober durch einen Tasereinsatz. Der 53-Jährige erlitt einen Kreislaufstillstand und in Folge einen Herzstillstand, der auf den Tasereinsatz zurückzuführen ist, aber auch hier von der Staatsanwaltschaft verneint wird. Wie oft es in Folge des Tasereinsatzes in NRW zum Tod oder zu schweren Verletzungen kommt – darüber schweigt sich das Innenministerium aus. Auch in welchen Situationen die Waffe eingesetzt wurde, wird verschwiegen. Amnesty International berichtet dazu aus einer Untersuchung in den Niederlanden von 2018: Hier nach wurde der Taser „meistens in Situationen genutzt, die keinen Schusswaffeneinsatz erlaubt hätten, und in 80 Prozent der

Fälle wurde der Taser sogar gegen Unbewaffnete eingesetzt. In anderen Fällen wurden Menschen getasert, denen bereits Handschellen angelegt waren, oder sie wurden mehrfach getasert, was ein schweres Gesundheitsrisiko darstellt.“ Dazu wüssten wir in NRW auch gerne mehr. Innenminister Reul ist auf jeden Fall ganz begeistert von der neuen Tötungswaffe und hat weitere 4,5 Millionen Euro für weitere Taser genehmigt.

Bürger*innen beobachten Ordnungskräfte

Es macht immer wieder Sinn, Einsätze von Ordnungskräften zu filmen. Hätte es nicht ein Handy-Video einer Zeugin gegeben, wäre ein OSD-Mitarbeiter der Stadt nicht verurteilt worden. Er hat zusammen mit einem Kollegen im Oktober 2020 einen 21-Jährigen kontrolliert. In der Anklage hieß es noch, dass beide OSD-Mitarbeiter den jungen Mann geohrfeigt haben. Sie behaupteten, dass der Geschlagene die Nase mehrfach hochgezogen hätte. In Erwartung eines Anspuckens hätten sie vorsorglich zugeschlagen – sozusagen in Notwehr. So hätten sie es in ihrer Ausbildung gelernt. Das Handy-Video zeigte jedoch eine gänzlich andere Situation, in der sich der später Geschlagene vollkommen ruhig und kooperativ verhielt. In einem ersten Urteil waren beide OSDler jeweils zu 120 Tagessätzen und 6.000 Euro verurteilt worden. Der Schläger wurde nun zu 130 Tagessätzen zu je 30 Euro (insgesamt 3.900 Euro) verurteilt, der zweite Beamte wurde freigesprochen. Der Schläger ist damit vorbestraft. Aus der Stadtverwaltung gab es keinerlei Verlautbarung dazu, obwohl sie jeden Angriff auf OSDler*innen, der zu einer Verurteilung führt, akribisch veröffentlichten. Insofern ist nicht bekannt, ob der Schläger weiterhin im Dienst ist.

Kein Werben fürs sterben

Die Düsseldorfer Kriegswaffenfirma Rheinmetall hat einen Sponsor-Deal mit der Sportstadt Düsseldorf (D.Sports, D.Live) geschlossen. Sportstadt Düsseldorf ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft sitzen mehrere städtische Ratsabgeordnete, die aber angeblich nichts von dem Deal wussten, der jetzt hohe Wellen schlägt. Schließlich ist Rheinmetall nicht irgendeine Firma, auch wenn sie sich gerne als solche darstellt. Sondern Deutschlands größter Rüstungskonzern. 2020 betrug der Umsatz im Waffen und Munitionsgeschäft über 4 Milliarden Euro und damit weit über die Hälfte des Gesamtumsatzes. 93% des Gewinnes erwirtschaftet Rheinmetall mit seinem Rüstungsgeschäft. Mit dem Sponsor-Deal will Rheinmetall sich reinwaschen, ein sogenanntes peace-washing. Sie wollen ablenken von ihrem tödlichen Geschäft, das tagtäglich irgendwo auf der Welt Todesopfer fordert durch Waffen und/oder Munition von Rheinmetall. Denn in fast allen Konflikten finden sich Waffen und Munition von Rheinmetall. Dabei geht Rheinmetall nicht immer legal vor. In mehreren Verfahren weltweit wird gegen Rheinmetall ermittelt. Unter anderem hat das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin gegen Rheinmetall vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag Anzeige gestellt wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen. Der Hintergrund ist der Einsatz von Bomben von Rheinmetall durch Saudi-Arabien der Zivilist:innen im Jemen tötete. Auch beim völkerrechtswidrigen Einsatz der türkischen Armee im syrischen Afrin waren Produkte von Rheinmetall im Einsatz. Ein feines Unternehmen, das sich nun im Sportbereich als „gutes“ Unternehmen darstellen soll. Es ist nichts anderes als pervers zu nennen, wenn ein Unternehmen, das seinen Umsatz und Gewinn aus dem Mord an Menschen zieht, sich im Sport engagiert, der eigentlich Menschen miteinander verbinden soll. Im Moment kritisieren SPD, LINKE und in Teilen auch die Grünen den Deal. Es wird gefordert, das der Vertrag aufgelöst wird. In der nächsten Ratssitzung im März wird es dazu wohl mehrere Anfragen und Anträge geben. Es liegt aber auch an den Sportvereinen, ob sie wirklich für eine Firma Reklame machen wollen, dessen Geschäftsmodell der Tod ist.

Alles Banane
"Düsseldorf 2000"

aus der Sicht der Planungs- und Kapitalstrategen

Die Stadt umpflügen

- Zentrale Forderungen der IHK an Stadt- und Landesregierung sind:
 - Ausbau der A44 durch den Rhein
 - weitere Ausbau des Flughafens (5. Flughafen-Artikel)
 - IC-Anschluss vom Düsseldorfer Flughafen nach Köln und Frankfurt
 - ein Container-Bahnhof im Nachbarbezirk Eller
 - ein Flächenbedarfsplan nach den Wünschen der Industrie
 - Bindung der sonstigen Industrie durch Senkung der Gewerbesteuer
- Abwendung des Lehr- und Forschungsgeländes der Düsseldorfer Hochschule, d. h. eine Angleichung des Angebots an die letzten des Kapitals
- intensives Kultur- und Freizeit-Marketing (?)
- und hat nur noch eine durchgängige Konzeptionierung des städtischen Haushalts. (2)

Wenn angesichts dieser Forderungen der Traum vom "Schönen Wohnen in Düsseldorf" zerplatzt, der kann sich von IHK-Politikern ein neues Rezept befehlen lassen: "Lebensqualität besteht nicht nur aus weniger Lärm und weniger Umweltbelastungen... Sie besteht auch darin, dass möglichst alle Arbeitswilligen (?) einen möglichst angemessenen Arbeitsplatz finden und behalten." (3)

Wessen Düsseldorf?

Dieses Zitat spiegelt anschaulich wider, von welchem Düsseldorf 2000 hier gemeint wird: dem der Bonnen und Konosse. Die Lebensqualität des städtischen Bürgers, die direkt von Lärm, Abfall, Umweltbelastungen betroffen sind und aufgrund ihrer immensen Wertschöpfung besonders Erhaltungskosten brauchen, spielt hier keine Rolle; ebenso wenig wie die "Arbeitswilligen", die nicht zu dem "Wohlfühl-Krager"-Arbeitskräfte-sektor gehören, da von "Wirtschaft und Wissenschaft" ausgeschlossen sind. Die IHK selbst betont den

Die Attraktivität der Stadt für das Kapital wird neben der gewirtschaftlichen Lage mit:

- dem Dienstleistungsangebot, d. h. des Banken, Versicherungen, Wirtschaftsinformatik

TERZ vor 30 Jahren Heute ist ja alles viel besser!

"Die Region Düsseldorf"

Seebohm-Straße muss weg

Am 22. Januar 1980 wurde auf Vorschlag der CDU-Ratsfraktion eine Straße in Hellerhof nach Hans-Christoph-Seebohm benannt. Seebohm (1903-1967) war deutscher Politiker und Ingenieur, Bundesminister für Verkehr (1949-1966) und Vizekanzler der BRD (1966). So weit, so gut. Seebohm war im Nationalsozialismus ab 1933 in leitender Funktion in verschiedenen Bergbauunternehmen tätig. Nach 1945 engagierte er sich u. a. für den Vertriebenenverband der Sudetendeutschen und fiel immer wieder durch kontroverse und teils revisionistische Äußerungen auf, die wiederholt zu öffentlichen Diskussionen um seine Person führten. Erst in den letzten Jahren rückte auch sein Wirken in der Nazi-Zeit in den Vordergrund, die vom Institut für Zeitgeschichte umfassend aufgearbeitet wurde.

Im Abschlussbericht der Stadt Düsseldorf zu den Düsseldorfer Straßennamen heißt es u. a.: „Nachdem im Zuge des ‚Münchener Abkommens‘ 1938 das Sudetengebiet an das Deutsche Reich abgetreten worden war, erfolgte die Zerschlagung und Umstrukturierung der regionalen Montanindustrie. Von diesen Maßnahmen profitierte die Industriellenfamilie Seebohm, die als privater Investor Großaktionär der neu gegründeten ‚Egerländer Bergbau AG‘ wurde und somit ‚arisiertes‘ Eigentum übernahm. Obwohl die Rolle Hans-Christoph Seebohms in diesen Vorgängen nicht abschließend geklärt ist, legen überlieferte Dokumente nahe, dass der spätere Bundesverkehrsminister

die Erhöhung seiner Anteile zu Lasten der jüdischen Anteilseigner zumindest billigte, wenn nicht aktiv betrieb.“ Im Entnazifizierungsverfahren behauptete er dann unter Beobachtung der Gestapo gestanden zu haben und wurde reingewaschen. Daraufhin engagierte er sich zunächst in der rechtskonservativen „Deutschen Partei“ (DP), „die nicht nur die Politik der Entnazifizierung ablehnte und die Kriegsschuld der Deutschen leugnete, sondern auch den formalen Fortbestand des Deutschen Reiches propagierte und ehemaligen Nationalsozialisten eine politische Heimat bot.“ Die Seebohm-Straße in der Liste unter der Kategorie A geführt, von Straßen also, die unbedingt umbenannt werden müssen. Während das Stadtarchiv und die Mahn- und Gedenkstätte dies unterstützen, will die die Düsseldorfer CDU partout an Seebohm festhalten. Unter anderem lässt sie sich dabei unterstützen von Rüdiger Goldmann. Für ältere Antifaschist*innen ist dies ein alter Bekannter. Goldmann war viele Jahre für die CDU im NRW Landtag. Er war Mitglied im Witiko-Bund (1965 bis Mitte der 1990er Jahre). Der Witiko-Bund wurde in den 1960er Jahren als rechtsextrem eingestuft. Ein Urteil, das damals nur wenigen Organisationen zu Teil wurde. Auch später wurden rechtsextreme Bestrebungen nachgewiesen. Das ist auch kein Wunder, denn der Witiko-Bund hatte eine wichtige Scharnierfunktion-Organisation von Alt- und Neonazis und der CDU. Ein Grund mehr also, die Straße schleunigst umzubenennen. ↗

Jörg Kronauer: Der Machtkampf des Westens gegen Russland

Do., 17.03., 19h; Online-Vortrag und Diskussion mit Jörg Kronauer
ZOOM-Link: <https://us02web.zoom.us/j/86806980501>

„In Deutschland werden täglich die Kriegstrommeln gerührt“: Ausgerechnet ein ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, fasste im Januar die politische Agitation gegen Russland prägnant zusammen. Brandgefährlich ist die Lage: Die westlichen Staaten drohen Russland im Konflikt um die Ukraine mit verheerenden Sanktionen, machen militärisch mehr und mehr gegen das Land mobil. Moskau bekräftigt Gesprächsbereitschaft, hat Verhandlungen mit den USA über Sicherheitsgarantien durchgesetzt; bisher ohne Erfolg. Der Machtkampf gegen Russland, der sich aktuell zuspitzt, ist die Folge aus einer doppelten Ostexpansion: derjenigen der NATO, die Washington herausragenden Einfluss in Ost- und Südosteuropa verschafft, und derjenigen der EU, mit der Berlin seine Dominanz immer weiter auf den Osten und den Südosten des Kontinents ausdehnt. Russland sieht mittlerweile seine existenziellen Interessen bedroht. Wenige raten wie Kujat dringend zur Deeskalation: „Es kann nicht sein“, warnte der Generalinspekteur a. D., „dass wir immer nur von Krieg reden und nicht davon, wie ein Krieg verhindert werden kann.“ Veranstalter: Friedensforum Düsseldorf in Zusammenarbeit mit Marx-Engels-Stiftung und ZAKK. ↗

zakk...

März 2022

Die zakk-Kneipe ist geöffnet:
Mittwoch bis Samstag ab 16 Uhr frische
Waffeln, hausgemachte Pizza und vieles mehr!
Sonntag Frühstück von 9-15 Uhr

- Do 3.3. Jason Bartsch & Band Musik, absurde Geschichten und ernsthafte Ansprachen.
- Fr 4.3. Subterfuge Das Comeback der Düsseldorfer Indie-Helden!
- Sa 12.3. Deutsch-Griechischer Literatursalon: Peter Pachel Lesung & Gespräch
- Sa 12.3. Musikabend: Lalyal Syrische Musik in gemütlicher Kneipenatmosphäre
- Sa 19.3. Grev - Streik Ein Film über den größten Generalstreik im Osmanischen Reich
- Do 17.3. Von wegen Sokrates - Das Philosophische Café Offenes Treffen. Moderation: Jost Guido Freese
- Do 17.3. via zoom: Der Machtkampf des Westens gegen Russland Information und Diskussion
- Mo 21.3. Ausstellungseröffnung: Internationaler Tag gegen Rassismus Eine multimediale Ausstellung von Düsseldorfer Schüler*innen
- Mo 21.3. Ansa Sauermann // Nachholtermin vom 18.5.2021 „Alles was ich weiß“-Tour
- Sa 26.3. A Tribute To The Beatles An Evening With One Eye Open And Friends
- Di 29.3. Berufsverbotsopfer - rehabilitieren und entschädigen Infos und Diskussion
- Di 29.3. Jacinta Nandi: Die Schlechteste Hausfrau der Welt Ein Erfahrungsbericht und Manifest
- Mi 30.3. 11 FREUNDE live Köster & Kirschneck lesen vor und zeigen Filme!
- Do 31.3. Die Liga der gewöhnlichen Gentlemen Die Hamburger Band bringt ihr neues Album mit ins zakk!

zakk.de · Fichtenstr. 40 · Düsseldorf



Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein

Abo bestellen unter: info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

Frauen abgebremst
Ziel ist eine Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auf 20%. Davon ist die Düsseldorfer Situation bislang noch weit entfernt. S. 12

Sozialpolitik hat zu Reue
Die Ratsfraktion DIE LINKE erhofft sich, dass bei einem Plebis im Juli über die Sozialversicherungs-Taxi-Entscheidung wäre. S. 13

Wächst Eibers eine lange Nase
Ziel ist eine Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auf 20%. Davon ist die Düsseldorfer Situation bislang noch weit entfernt. S. 12

725 Jahre Pöhllichkeit
Die Stadtspitze feiert Stadtjubiläum zusammen mit Ehrenplätzen. Kosten: 300.000 Euro. Die Befragung soll auf eigene Kosten lauern. S. 13

CDU mag
Der Rat beschließt, dass bei einem Plebis im Juli über die Sozialversicherungs-Taxi-Entscheidung wäre. S. 13

Für eine andere Wohn...
Die Ratsfraktion DIE LINKE erhofft sich, dass bei einem Plebis im Juli über die Sozialversicherungs-Taxi-Entscheidung wäre. S. 13

No. 15 kostenlos
Nov./Dez 2013

Erhöhung...
Mit einer höheren Gewerbesteuer bezahle sich vieles fröhlicher. Mehr über den Wert der Umstrukturierung der Erhöhung. S. 10

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
Im Erziehungsdiskurs des letzten Rheinblicks (Juli) haben eine Vielzahl von Leserinnen und Lesern die Aufgabe unserer Zeitschrift, die Politik in einer Linie mit den Bundesparlamenten, unsere Mitglieder, die am Rheinblick mitarbeiten, dabei im Mittelpunkt zu setzen. Nach der Erstattung hat sich gezeigt, dass den erziehungswissenschaftlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erziehung. S. 10

Es reicht
Auch in Düsseldorf befindet sich 10-15.000 Wohnungen in einem schlechten Zustand. Dies sollte bei der Realisierung der Ziele der Ratsfraktion DIE LINKE die Deutsche Sozialisten, Der Rat sollte ab. S. 7

8M!



Das Bündnis Feministischer Kampftag Düsseldorf ruft auf:

DEMONSTRATION AM SAMSTAG, 5. März zum Internationalen Feministischen Kampftag

Am 8. März ist Internationaler Feministischer Kampftag

Auch im Jahr 2022 haben wir weltweit mit massiver Unterdrückung durch das Patriarchat zu kämpfen. Ob zu Hause, auf der Straße oder dem Arbeitsmarkt, überall begegnen uns diskriminierende Strukturen, sexistisches Verhalten und häufig Gewalt bis hin zu Femiziden.

Täglich müssen FLINTA (Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) in allen Lebensbereichen unbezahlte Care-Arbeit übernehmen und sich mit schlecht bezahlten Jobs abfinden. Durch die Pandemie hat sich die Situation für Menschen, die Care-Arbeit leisten, deutlich verschlechtert: Schulen und Kitas werden regelmäßig dichtgemacht. Medizinische und pflegerische Fachkräfte sind am Ende ihrer Kraft, trotzdem sollen sie noch mehr unter den weiterhin schlechten Bedingungen arbeiten, um die Auswirkungen der Pandemie abzumildern. In Niedersachsen wurde beispielsweise die wöchentliche Höchstarbeitszeit für Pflegekräfte erneut auf 60 Stunden angehoben.

Die Pandemie isoliert Sorgende und Care-Empfänger*innen. Die Kosten mangelhafter Pandemiemolitik und mangelnder Solidarität tragen nämlich sie: Menschen mit chronischen Krankheiten und Behinderungen, Kinder und Alte sowie Erziehende und pflegende Menschen, welche überwiegend FLINTA sind. Insbesondere

Frauen in cis-hetero Beziehungen erleben einen Backlash und werden in überwinden geglaubte, traditionelle Rollen zurückgedrängt. Irgendwer muss eben herhalten, wenn Kitas und Schulen schließen?!

Die zunehmende Isolierung führt zu einem Anstieg von Gewalt und noch mehr unsichtbarer Care-Arbeit

Insbesondere queere Menschen und Schwarze, Indigene und FLINTA of Color sowie wohnungslose Menschen erleben in der Pandemie erhöhte psychische Belastung und Gewalt durch die Schließung von Empowerment- und Schutzräumen.

Das Covid-19-Virus und die Auswirkungen der Pandemie treffen wie jede Krise am stärksten arme FLINTA, die Sozialleistungen beziehen und keine Ersparnisse haben, um Pandemieprodukte zu finanzieren oder Kurzarbeiter*innengeld auszugleichen. Es trifft außerdem Schwarze, Indigene und FLINTA of Color, welchen die Zugänge zu guten Stellen häufig verwehrt werden. Stattdessen müssen sie oft risikoreiche Jobs in unsicheren Verhältnissen übernehmen. Dies findet auf Basis des strukturellen Rassismus' und der fehlenden Solidarität der weißen Mitmenschen in Deutschland statt - leider auch innerhalb der zu weiß geprägten feministischen Bewegungen. Die intersektionalen Kämpfe von queeren, vor allem trans, inter und

nicht-binären Menschen, jüdischen, dicken_fetten oder behinderten FLINTA sowie Sexarbeiter*innen, sind Teil unserer Bewegung und müssen aktiv in unseren Kampf eingebunden werden!

Gegen den sexistischen und rassistischen Normalzustand! In Solidarität mit feministischen Kämpfen auf der ganzen Welt!

Vor allem Menschen im globalen Süden erleben Armut, Hunger, Krieg, Flucht und Vertreibung, Auswirkungen der Klimakatastrophe wie Dürre und Missernten. FLINTA werden zusätzlich aufgrund ihrer Identität unterdrückt, ausgebeutet und sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Der globale Norden mit seinem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist der Hauptverursacher von Kriegen und der Klimakrise. Zudem profitieren die Reichen sowie die weltweit agierenden Konzerne von dem Bedarf an militärischen Gütern und der Tatsache, dass sie für die von ihnen verursachten Schäden nicht zur Verantwortung gezogen werden.

FLINTA, die Krieg und Not entfliehen, erleiden auf ihrem Weg und in Lagern im globalen Norden sexualisierte Gewalt und Misshandlung bis hin zur Tötung. Wenn sie es nach Europa oder in die USA schaffen, stoßen sie hier auf eine unwürdige Behandlung auf Basis rassistischer, patriarchaler Bürokratie. FLINTA-spezifische Fluchtgründe werden nicht anerkannt, den Betroffenen wird

die Beweislast für das ihnen widerfahrene Leid aufgezwungen. Ihnen wird deutlich gezeigt, dass sie bei den Verursachern ihrer Fluchtgründe nicht willkommen sind.

Jedoch gab es auch schon immer Widerstand gegen diese Verhältnisse. Ob in Afghanistan, Mexiko, Rojava oder Tamil Eelam - es sind meistens die FLINTA, die sich gegen das Patriarchat und Kapitalismus, gegen Femizide, gegen jegliche Unterdrückung, Stellvertreterkriege, Ausbeutung von Menschen und Natur wehren. Doch überall auf der Welt geht das patriarchale System mit äußerster Brutalität gegen FLINTA vor, die ihre eigenen, autonomen Lebens- und Verteidigungsstrukturen aufbauen. Aber trotz der oft unmenschlichen Grausamkeit, mit der das System diese Kämpfe zu unterdrücken versucht, schaffen sie es nicht, sie auszulöschen. Denn die Liebe zum Leben und zur Freiheit ist stärker! Unsere stärksten Waffen: Organisation und Solidarität! Lasst uns all unsere Kämpfe vereinen und gemeinsam Widerstand leisten. Von der Genossin Rosa bis Hevala Sara, wir marschieren mit den Farben und den Stimmen aller FLINTA zum demokratischen Konföderalismus in aller Welt und bauen gemeinsam das freie Leben für alle auf. Und dort, wo es bereits aufgebaut wurde, verteidigen wir es gemeinsam. 

BÜNDNIS FEMINISTISCHER KAMPFTAG DÜSSELDORF

Sammlung 14.30 Uhr
Auftrittkundgebung 15.00 Uhr
Treffpunkt: Johannes-Rau-Platz Düsseldorf
(Haltestelle: Landtag/Kniebrücke)

ages (8. März)

AG Feministische Vernetzung Düsseldorf

Im Rahmen des 8. März Bündnisses haben sich unterschiedliche AGs gegründet – u. a. AG Feministische Vernetzung Düsseldorf: Im März ist eine Vielzahl von Veranstaltungen geplant, aus der wir hier ein Auswahl präsentieren – weitere Informationen unter:

<https://www.facebook.com/FemVernetzung>

Feministisches Online-Pub

Fr., 11.03., 20h, Zoom: [Anmeldungen unter feministischevernetzung_duesseldorf@riseup.de](mailto:Anmeldungen_unter_feministischevernetzung_duesseldorf@riseup.de)

Als Abschluss unserer feministischen Kampftagswoche wollen wir diese mit euch in entspannt-heitiger Runde mit einem digitalen feministischen Pubquiz ausklingen lassen. Testet euer feministisches Wissen, rätselt und knobelt zu einer Reihe von feministischen & emanzipatorischen Themen, Kämpfen, Personen und Ereignissen. Mit Fragen und interaktiven Aufgaben aus unterschiedlichen Kategorien wollen wir in Teams gegen- und miteinander quizzern, Spaß haben, uns austauschen & vernetzen!

Feministisches Vernetzungstreffen

Mo., 28.03., 20h, Zoom: [Link nach vorheriger Anmeldung unter feministischevernetzung_duesseldorf@riseup.de](mailto:Link_nach_vorheriger_Anmeldung_unter_feministischevernetzung_duesseldorf@riseup.de)

Welche Wege gibt es für eine nachhaltige Vernetzung und wie könnte das aussehen? Wir überlegen mit euch, wie wir in Zukunft einen Überblick über queerfeministische Termine in Düsseldorf wie Demos, Workshops, Spontankundgebungen etc. niederschwellig gestalten können.

Feministischer Lesekreis

Mi., 30.03., ob Online oder in Präsenz, teilen wir euch noch per Mail mit - meldet euch bitte an unter feministischevernetzung_duesseldorf@riseup.de

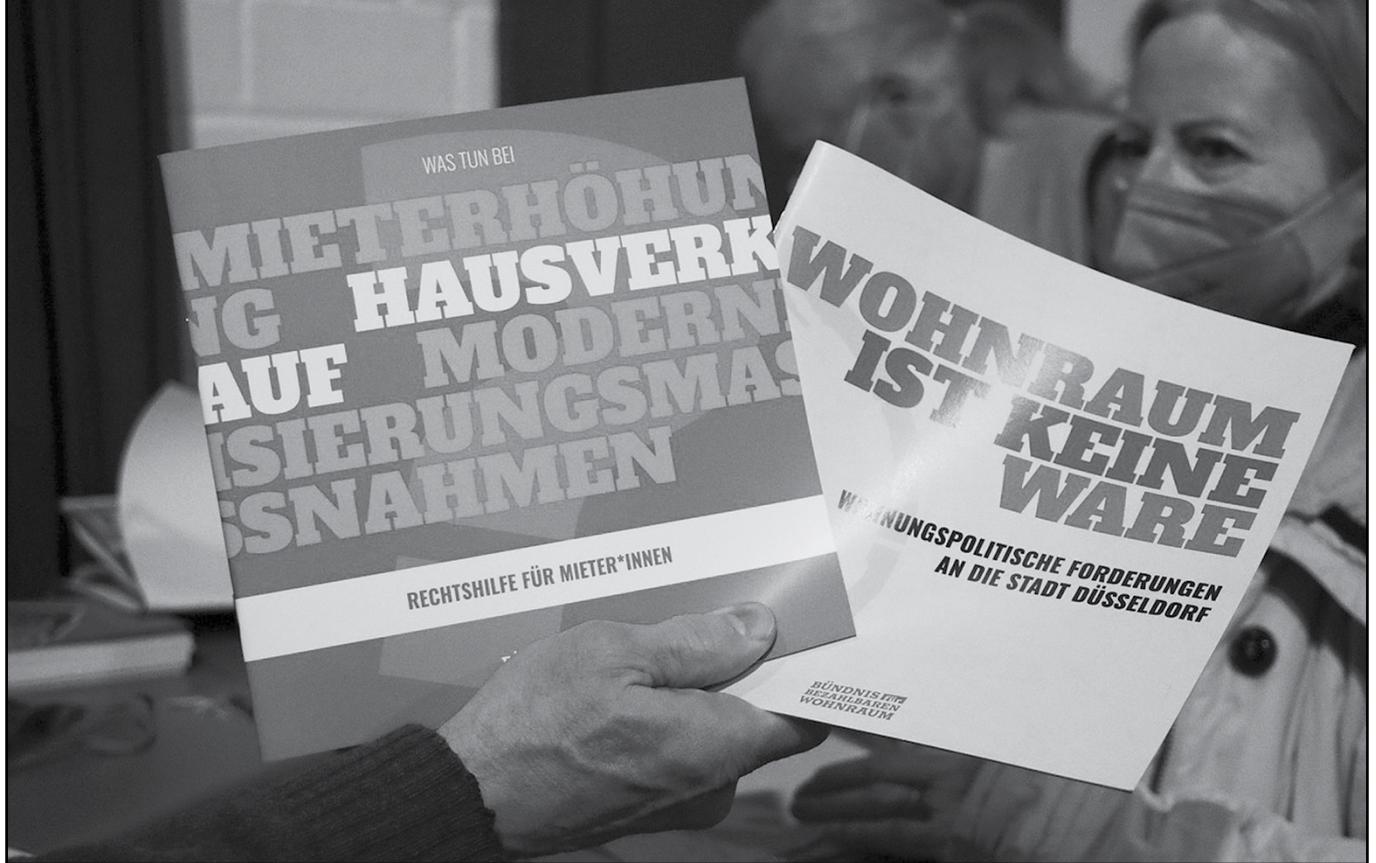
Der feministische Lesekreis startet mit dem Buch „Radikale Selbstfürsorge“ von Svenja Gräfen. Er soll künftig einmal im Monat stattfinden. Dabei wollen wir im Austausch bleiben, Anregungen finden und gemeinsam reflektieren! Zum ersten Lesekreis-Treffen könnt ihr auch erstmal vorbeischnuppern ohne das Buch schon gelesen zu haben.

Wir treten ein:

- für eine Welt, in der jede Arbeit wertgeschätzt wird
- gegen jegliche Ausbeutung unserer körperlichen, psychischen und emotionalen Arbeitskraft in Beziehungen als auch in der Lohnarbeit
- gegen den Pflegenotstand und für die Aufwertung der Hebammen-, Reinigungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit
- gegen die Abwälzung von schlecht bezahlten Arbeiten auf FLINTA in unsicheren und rechtlosen Verhältnissen
- für objektivere Einstellungskriterien, welche BIPOC, behinderte Menschen und FLINTA nicht benachteiligen
- für eine kostenlose, gute Kinderbetreuung und zusätzliche Hilfen für alle Familien, insbesondere alleinstehende Elternteile, Niedrigentlohnte und Eltern ohne Möglichkeit der Heimarbeit
- für mehr Personal anstatt 60 Stunden-Wochen und 12 Stunden-Tagen in systemrelevanten Berufen
- für unser aller Recht auf angemessene Gesundheitsversorgung, Bildung und Wohnraum, sowie eine Grundsicherung, die das Leben und nicht nur das Überleben ermöglicht
- für ein Grundrecht auf Internetzugang und die kostenlose Bereitstellung von Lehrmitteln wie Tablets für alle Menschen in Schule, Aus-/Weiterbildung und Studium
- für die Aufrechterhaltung der Heimarbeitsmöglichkeit auch nach der Pandemie
- gegen die strukturelle Diskriminierung von BIPOC in der Arbeitswelt und für gleiche Karrierechancen für alle
- gegen Krieg, Vertreibung und die Abschottung Europas sowie die Förderung all dessen durch die deutsche Politik und Wirtschaft
- gegen rassistische Hetze, Übergriffe, strukturelle Entrechtung und jegliche Gewalt gegen Menschen, die in der Hoffnung auf ein würdevolles Leben nach Deutschland gekommen sind
- gegen die strukturelle Diskriminierung von behinderten Menschen - Leistungen zur Teilhabe sollten vermögensunabhängig sein und eine Altersvorsorge erlauben
- für eine inklusivere Arbeitswelt, welche behinderte Menschen nicht in Werkstätten abschiebt und ausbeutet - der allgemeine Arbeitsmarkt muss inklusiv werden und der Mindestlohn für alle gelten
- für ein barriereärmeres Zusammenleben und gegenseitige, bedingungslose Rücksichtnahme
- gegen jegliche Form der Gewalt an FLINTA
- für einen flächendeckenden Ausbau barrierearmer Schutzhäuser für von Gewalt Betroffene sowie deren Öffnung für queere und trans Menschen
- für unsere körperliche Selbstbestimmung und unser Recht auf Entscheidung sowie frei zugängliche Informationen darüber, wie, ob und wann wir schwanger werden oder eine ungewollte Schwangerschaft beenden
- für unsere Entscheidungsgewalt darüber, was oder wen wir schön finden, wie wir auszusehen oder uns zu kleiden haben
- gegen die starre Einteilung in Frau und Mann, gegen eine hierarchische Geschlechterordnung und für Anerkennung und Gerechtigkeit für trans, inter, nicht-binäre und agender Personen
- für ein Verbot von kosmetischen Genitaloperationen an inter Menschen ohne ihr Einverständnis
- für die Vielfalt der Geschlechter und Familienformen
- für unser Recht selbst zu entscheiden, wen wir lieben, ob, wann und mit wem wir Sex haben
- gegen die Abwertung und Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen
- für die Erhaltung der Umwelt und die nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen für alle
- gegen rassistische, antisemitische, nationalistische, anti-feministische, sexistische Politik und den weltweiten Rechtsruck

Feminismus heißt Widerstand - Wehrt Euch, organisiert Euch, lasst uns gemeinsam unsere Freiheit leben und verteidigen! Komm' mit uns am 5. März laut und kämpferisch in Düsseldorf auf die Straße!

All genders welcome, aber kein Mackerverhalten! Der vordere Teil der Demo gehört Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans und agender Personen (FLINTA).



Von der Mieter*innenversammlung des „Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum“

Gemeinsam und solidarisch! Gegen Mietenwahnsinn, Verdrängung und Spekulation!

Es gibt zahlreiche Gründe, über Missstände in Gesellschaft und Politik unzufrieden oder gar wütend zu sein. Der Unmut und Zorn, den in den letzten Wochen auch in Düsseldorf Tausende auf Straßen und Plätzen zum Ausdruck gebracht haben, scheint aber außer dem Protest gegen die Pandemiepolitik keinen anderen Inhalt mehr zu kennen. Wir haben als Düsseldorfer „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ das Anliegen der Gegenkundgebung „Gemeinsam durch die Pandemie“ vom 5. Februar 2022 unterstützt, solidarische Lösungen von unten zu entwickeln. Denn das ist auch die Richtschnur für unser Bemühen, für alle Stadtbewohner*innen die Versorgung mit bezahlbarem und den Bedürfnissen der jeweiligen Haushalte entsprechendem Wohnraum sicherzustellen. Wir wollen nicht, dass Wohnen in der Stadt zu einem Privileg der einkommensstärksten Bevölkerungsgruppen wird! Die Stadt gehört allen!

Die Wohnungsfrage – ungelöst

An der Wohnungsfrage – die manche schon warnend als die soziale Frage des 21. Jahrhunderts bezeichnet haben – entzündet sich zwar im Moment kein vergleichbarer, zumindest kein massenhafter, öffentlich sichtbarer Protest. Wie sehr aber dennoch die Unzufriedenheit mit den Zumutungen auf dem Wohnungsmarkt unter der Oberfläche schwelt, kann man am Ausgang der Berliner Volksabstimmung vom 26. September 2021 ablesen: Nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis haben sich dort knapp 58 Prozent der Wähler*innen für die Enteignung großer Wohnungsunternehmen ausgesprochen! Und Gründe für diese Unzufriedenheit gibt es genügend.

Während der Pandemie mussten sich Mieter*innen weiter gegen Wohnungskündigungen und Zwangsräumungen zur Wehr setzen oder waren gezwungen, über Mietstundungen zu verhandeln. Die Immobilienwirtschaft – insbesondere die großen Wohnungsunternehmen – gehören dagegen zu den Wirtschaftszweigen, die nicht nur gut, sondern sogar sehr gut durch die Pandemie gekommen sind. Sie haben in den letzten beiden Jahren glänzende Gewinne eingefahren, der Immobilienboom ist trotz Corona ungebrochen. Immobilienpreise und Mieten kennen seit über einem Jahrzehnt nur eine Richtung: nach oben! Inzwischen warnt nicht nur der europäische Rat für Systemrisiken – gegründet nach der Finanz-

krise von 2008 – sondern auch der Dachverband der Immobilienbranche ZIA eindringlich vor der Gefahr von Immobilienblasen. Neben Österreich wird diese Gefahr in Deutschland als besonders groß eingeschätzt. Düsseldorf gehört dabei zu den führenden Adressen für Immobilieninvestitionen. Seit mehr als zehn Jahren kennzeichnen steigende Mieten, noch rasanter steigende, vor allem spekulativ angetriebene Immobilienpreise, die Verdrängung von Mieter*innen im Wohnungsbestand und ein gravierender Mangel an bezahlbaren Wohnungen die Lage auf dem Düsseldorfer Immobilien- und Wohnungsmarkt.

Düsseldorfer „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“

Vor diesem Hintergrund hat sich im Jahr 2019 das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ neu konstituiert. Wir sind ein parteiunabhängiger, aber keineswegs unpolitischer Zusammenschluss verschiedener Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen. Wir wollen mit außerparlamentarischem Druck auf die lokale Politik einwirken, mehr bezahlbaren und sicheren Wohnraum zu schaffen, wir machen mit exemplarischen Aktionen Missstände auf dem Wohnungsmarkt öffentlich. Aber wir machen uns auch Gedanken darüber, wie eine dauerhafte Lösung der Wohnungsfrage aussehen könnte und stellen die grundsätzliche Frage, in welcher Stadt wir eigentlich leben wol-

len. Nicht zuletzt und ganz praktisch unterstützen und ermutigen wir betroffene Mieter*innen, selbst für ihre Interessen einzutreten, sich mit anderen zusammenzutun und Zumutungen von Vermieter*innenseite selbstbewusst entgegenzutreten. Wir bemühen uns, Betroffene miteinander zu vernetzen und so der Vereinzelung entgegenzuwirken. Und wir freuen uns über alle, die sich über die eigene Betroffenheit hinaus entschließen können, in unserem Bündnis mitzuwirken.

Mieter*innenversammlung im zakk

Am Samstag, den 12. Februar 2022 hatte das Bündnis deshalb zu einer Mieter*innenversammlung im Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation (zakk) eingeladen. Gekommen sind betroffene Mieter*innen, aber auch Vertreter*innen u. a. von Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, die als Multiplikator*innen das Anliegen des Bündnisses weitertragen werden. Insgesamt kamen rund 75 Teilnehmer*innen zusammen, viel mehr als wir angesichts der pandemiebedingten Einschränkungen erwartet hatten. Nach einem einleitenden Vortrag über die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt haben sich die Teilnehmer*innen in vier Workshops damit befasst, wie sich Betroffene gegen Vermieter*innen zur Wehr setzen können, wie sich öffentlichkeitswirksame Aktionen organisieren lassen, welche Handlungsmöglichkeiten es auf

Stadtteilebene gibt und welche Auswirkung die Immobilienspekulation auf den Wohnungsmarkt der Stadt hat. Es ging darum, die Teilnehmenden nicht nur zu informieren, sondern mit ihnen ins Gespräch zu kommen, Kontakte zu knüpfen und gemeinsam zu überlegen, wie man gegen die alltäglichen Gemeinheiten vorgehen kann, denen man als Mieter*in auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt ausgesetzt ist.

Konkrete Hilfe und Unterstützung, aber auch längerfristige Perspektiven

Mieter*innen stehen im Konfliktfall ihrem Haus- oder Wohnungseigentümer meist allein gegenüber, sie fühlen sich dann oft rat- und hilflos, auch weil die Gegenseite meist juristisch besser informiert ist und sich, wenn nötig, auch auf versierte Fachanwält*innen stützen kann. Die Zusammenkunft im zakk hatte deshalb zum einen den Zweck, dass Betroffene die wichtige Erfahrung machen konnten, mit dem eigenen Wohnungsproblem nicht allein zu sein und sich mit anderen in ähnlicher Lage austauschen zu können. Darüber hinaus gab es aber auch ganz praktische Informationen, an wen man sich bei Konflikten mit Vermieter*innen und Hauseigentümer*innen wenden kann. Für juristische Beratung und Unterstützung ist hier vor allem der Mieterverein

Schnäppchen gefällig?

Nach jahrelangem Brachliegen wird das Gelände des ehemaligen Knastes Ulmer Höh' in Derendorf nun bebaut. Dort sollen 500 Wohnungen entstehen – davon 170 geförderte Wohnungen und 170 Studierenden-Apartments. Die sollen aber erst Ende 2023 fertiggestellt sein. In andere Wohnungen kann man schon früher einziehen – wenn man das nötige Kleingeld hat: es werden aktuell sogenannte „Penthouse-Wohnungen“ angeboten für über 12.000 Euro pro Quadratmeter. ↗

Düsseldorf zu nennen, mit dem das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ eng zusammenarbeitet. Ratsam ist in jedem Fall, sich auch selbst über seine Rechte als Mieter*in zu informieren. Das Bündnis hat die wichtigsten Informationen dazu in einer Rechtshilfe-Broschüre zusammengestellt. Als Bündnis ist es uns wichtig, über konkrete Hilfe und Unterstützung in Einzelfällen hinaus die Wohnungsfrage gemeinsam mit Betroffenen durch öffentlichkeitswirksame Aktionen zu einem politischen Thema zu machen. Wir wollen so auf die lokalpolitisch Verantwortlichen in der Stadt Druck ausüben, deutlich mehr für die Schaffung von leistbarem und angemessenem Wohnraum zu



Enteignung wird salonfähig

Das erfolgreiche Berliner Bürgerbegehren „Deutsche Wohnen - Enteignen“ trägt auch in Düsseldorf Früchte. Mittlerweile halten selbst die Düsseldorfer Grünen Enteignungen für möglich. Es geht konkret zwar nur um eine mögliche Enteignung eines Geländes für den rückverlegten Deichbau in Himmelgeist. Seit Jahrzehnten liegt die Stadt dort mit einem Eigentümer im Clinch. Die Rückverlegung des Deiches wäre wichtig, um ein Überflutungsgebiet zu schaffen, da der aktuelle - vorgelagerte - Deich nicht mehr dauerhaft standhalten wird. Enteignung wäre möglich, da es ein Allgemeinwohlinteresse gibt. Was viele nicht wissen: die Enteignung ist laut Landesgesetz NRW möglich und somit auch rechtlich möglich. Rechtsexpert*innen gehen davon aus, dass ein Widerspruch gegen die Enteignung keine aufschiebende Wirkung hat. Wir haben da noch ein paar Vorschläge zur Enteignung: Beispielsweise „The great hole“, das Gelände hinter der ehemaligen Post in der Innenstadt, das seit Ewigkeiten bebaut sein sollte. Ein Riesengelände, bestens geeignet für preiswerten Wohnungsbau. ↗

LAUSIGE ZEITEN

Mit einem wohnungspolitischen „weiter so wie bisher“ ist diese enorme Angebotslücke bei leistbarem und angemessenem Wohnraum in Düsseldorf jedenfalls nicht zu schließen. Ohne eine grundsätzliche Neuorientierung in der Wohnungspolitik lässt sich die derzeitige Wohnungsnot nicht beheben. Nötig ist aus Sicht unseres Bündnisses vielmehr die Schaffung eines hinreichend großen gemeinnützigen kommunalen Wohnungssektors, der sich am Gemeinwohl orientiert und nicht dem Spiel der Marktkräfte unterworfen ist. Unter dem Titel „Wohnraum ist keine Ware“ haben wir unsere wohnungspolitischen Forderungen an die Stadt Düsseldorf in einer aktuellen Broschüre zusammengestellt. Es geht darin um kurz- und mittelfristig umsetzbare Maßnahmen, aber auch um längerfristige Perspektiven.

Angeregte Diskussionen in vier Workshops

In den vier Workshops der Versammlung am 12.02. standen zwar praktische Fragen im Vordergrund, zur Sprache kam aber auch Grundsätzliches zu den Ursachen der Wohnungsnot in der reichen Stadt Düsseldorf und wie man sich einen an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an der Rendite orientierten Wohnungssektor vorstellen kann.

Im Workshop „Mieter*innenproteste und Möglichkeiten des Widerstehens. Rechtliche und tatsächliche Möglichkeiten“ ging es darum, wie Mieter*innen sich verhalten sollten, wenn sie mit Mieterhöhungen, Eigenbedarfskündigungen oder ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Als erstes sollten sie Kontakt mit Nachbar*innen aufnehmen und sich miteinander austauschen. Wichtig ist zudem herauszufinden, mit welchem Vermieter*innen-Typ man es zu tun hat: Sind es Privatpersonen, Unternehmen, Wohnungsgesellschaften usw. Und schließlich sollte man auf jeden Fall juristische Unterstützung suchen. Eine Workshop-Stunde reichte bei Weitem nicht aus, um alle Aspekte zu besprechen, deswegen

haben sich die Teilnehmer*innen direkt zu einem Folgetreffen verabredet: Am 24. März wollen sich die Mieter*innen erneut treffen. Abends im Linken Zentrum (Corneliusstr. 108) in entspannter Atmosphäre. Dieser Mieter*innen-Stammtisch ist offen für alle, die sich mit ähnlichen Problemen herumschlagen müssen.

Im Workshop „Kreativ, ungehorsam und (öffentlichkeits-) wirksam – auf der Straße für eine Stadt für alle“ wurden die bisherigen Aktionen des Bündnisses, deren Hintergründe und Wirksamkeit näher beleuchtet (u. a. Aktionen wegen ungerechtfertigter Mietforderungen, gegen drohende Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungen, Kündigungen wegen vorgetäuschem Eigenbedarf, gegen die zweckfremde Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen). Es gab viele Ideen zu weiteren Themen und möglichen Aktionen wie z. B. zum Leerstand im Stadtteil Flingern. Die Agentur für urbane Unordnung berichtete über die am Samstag, 30.04.2022 geplante Demonstration „Für eine rebellische Stadt“. Wir werden uns als Bündnis mit unseren Forderungen daran beteiligen. Mit der Herstellung von Sprühschablonen und Plakaten, die die wohnungspolitischen Forderungen sichtbar auf die Straße bringen sollen, ging es schließlich auch ganz handfest zur Sache. Auch in diesem Workshop wurde bereits ein Folgetermin vereinbart: Interessierte treffen sich am 16. März um 18 Uhr in der zakk-Kneipe. Im Workshop „Investorengetriebene Wohnentwicklung im Stadtteil – was tun?“ standen die Stadtteile Bilk und Unterbilk im Mittelpunkt. Dargestellt wurde die von renditeorientierten Investor*innen/Investmentgesellschaften bestimmte Wohnentwicklung (hochpreisiger Neubau auf ehemaligen Industrie- und Gewerbebrachen und Hauskauf, Modernisierung und Verdrängung). Als Ansatzpunkte für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik wurden städtische Vorkaufsrechte für Grundstücke und Häuser diskutiert. Die Bilker Stadtteilinitiative „Wohnen für alle“,

tun. Welche Dimension das Problem hat, wird klar, wenn man sich die folgenden Zahlen vor Augen führt: In Düsseldorf wohnen mehr als drei Viertel aller Haushalte zur Miete. Rund die Hälfte davon – das sind ca. 141.000 Haushalte – hat Anspruch auf eine Sozialwohnung. Im Jahr 2020 gab es aber nur 15.617 Sozialwohnungen in der Stadt, aktuell können also nur gerade gut elf Prozent des Bedarfs gedeckt werden! Es ist zu befürchten, dass die ohnehin sehr niedrige Zahl an Sozialwohnungen bis zum Ende des Jahrzehnts sogar noch weiter abnehmen wird, weil mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen, als neue gebaut werden können.



die mit unserem stadtweiten Bündnis zusammenarbeitet, hat mit verschiedenen Aktionen die Investor*innenprojekte in Bilk/Unterbilk in den Blick genommen. Als wichtig wurde dabei erachtet, die entwickelten Forderungen so in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik zu vertreten, dass die Initiative für Betroffene und Interessierte als Ansprechpartner erkennbar ist. Der vierte Workshop hatte die „Immobilienpekulation“ in Düsseldorf zum Thema. Dass die Stadt damit ein Problem hat, ist inzwischen in der Politik, aber auch in sonst eher wirtschaftsfreundlichen Medien angekommen. Vorgestellt wurden die beiden derzeit krassesten Fälle in Düsseldorf: die Spekulationsbrachen „Glasmacherviertel“ und „Grand Central“, auf denen „eigentlich“ längst ca. 2.500 Wohnungen stehen sollten, wo sich aber seit Jahren (fast) nichts tut, weil ein großer Investor – in beiden Fällen handelt es sich um die Adler Group – es vorzieht, auf weiter steigende Preise zu wetten, anstatt Wohnungen zu bauen. Und selbst wenn gebaut würde: Bei dem spekulativ nach oben getriebenen Preisniveau der Grundstücke werden es dann ganz sicher keine bezahlbaren Wohnungen sein. In der Diskussion wurde deutlich, dass solche Spekulationsvorgänge keine isolierten Ereignisse sind, sondern Auswirkungen auf den Immobilien- und Wohnungsmarkt in der gesamten Stadt haben: Sie treiben den spekulativen Erwartungshorizont für Renditen und Mieten, an dem sich auch Eigentümer*innen und Investor*innen im Wohnungsbestand orientieren, weiter in die Höhe. Zur Frage „Was tun gegen Immobilienpekulation?“ gab es zahlreiche Vorschläge, deren Für und Wider diskutiert wurde. Einig war man sich aber darin, dass eine rasche Umsetzung derzeit sowohl am mangelnden politischen Willen als auch an fehlenden rechtlichen Rahmenbedingungen scheitern dürfte.

Publikationen

Bündnis für bezahlbaren Wohnraum
Wohnraum ist keine Ware. Wohnungspolitische Forderungen an die Stadt Düsseldorf
Abrufbar (PDF) unter:
<https://bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf.de/wp-content/uploads/2022/02/Broschuere.pdf>

Rechtshilfe für Mieter*innen

Abrufbar (PDF) unter:
<https://bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf.de/rechtshilfe-fuer-mieterinnen/>

Kontakte

Bündnis für bezahlbaren Wohnraum
Mail: mail@bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf.de
Homepage: bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf.de
Tel: +49 (0) 179 535 8460
Mieterverein Düsseldorf
Mail:
info@mieterverein-duesseldorf.de
Tel.: 0211 16 99 6-0

STOPP!

Luxusbauten
Eigenbedarfskündigung
Mieterhöhungen
Spekulation
Leerstand
Modernisierung

**Bezahlbarer Wohnraum
JETZT!**

Vortrag und Workshops
12.02.2022 10:30 Uhr
Zakk, Fichtenstraße 40
40233 Düsseldorf

**BÜNDNIS FÜR
BEZAHLBAREN
WOHNRAUM**

Was bleibt?

In der Schlussrunde wurde das Treffen im zakk von den Teilnehmer*innen durchweg positiv – vor allem als sehr anregend – gewertet. Es wurden Informationen vermittelt, Kontakte geknüpft, Folgetreffen vereinbart, aber auch mögliche Lösungen für die Probleme auf dem Immobilien- und Wohnungsmarkt diskutiert. Deutlich wurde dabei, dass die rechtlich stark geschützte Verfügung privater Eigentümer*innen über Grund und Boden ein gewaltiges Hindernis ist für alle Antworten auf

die Wohnungsfragen, die sich nicht an der Rendite, sondern an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Wer nach solchen Antworten sucht, wird deshalb nicht umhinkommen, das private Eigentum an Grund und Boden in Frage zu stellen. Das Ergebnis der Berliner Volksabstimmung „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ zeigt, dass es möglich ist, dafür auch Mehrheiten zu gewinnen.

HELMUT

BÜNDNIS FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM

SOLIANZEIGE

www.fiftyfifty-galerie.de/projekte

Bitte spenden Sie.
asphalt e.V./fiftyfifty, DE35 3601 0043 0539 6614 31

fiftyfifty
Straßenmagazin/Galerie

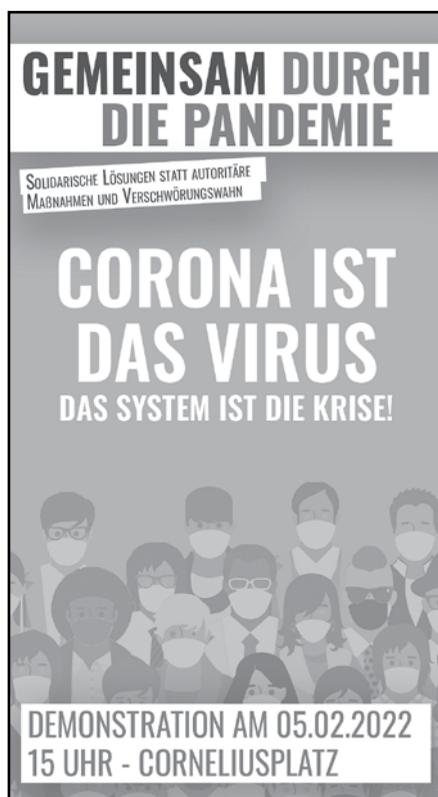


Foto: Flascha

Pandemie-Politik

Die Linke zeigt sich

Lange Zeit hatte es nicht nur die Düsseldorfer Linke dabei belassen, gegen die Corona-Proteste rechtsoffener Wutbürger*innen zu protestieren, ohne eigene Positionen zu formulieren und dafür auf die Straße zu gehen. Das hat sich mit der Demonstration vom 5. Februar geändert.



„Die stille Mehrheit steht auf. Gemeinsam durch die Pandemie – solidarische Lösungen statt autoritäre Maßnahmen und Verschwörungswahn“ lautete am 5. Februar das Motto der von „Düsseldorf stellt sich quer“ (DSSQ) initiierten Demonstration. Es ging also um mehr, als nur darum, ein Zeichen gegen die notorischen Aufzüge der rechtsoffenen Wutbürger*innen in der Stadt zu setzen. Mitnichten gingen an dem Tag vom Corneliusplatz und Johannes-Rau-Platz aus „Tausende Gegner und Befürworter der Corona-Maßnahmen“ auf die Straße, wie die „Rheinische Post“ vermeinte. Auch aus den Reihen der DSSQ-Demo gab es nicht zu knapp Kritik an den Maßnahmen und an der Handhabung der Gesundheitskrise im Allgemeinen. „Viele Menschen sind unzufrieden mit der Corona-Politik der Bundes- und Landesregierung. Und dafür gibt es viele gute Gründe. Als DSSQ stehen wir aber für einen solidarischen Umgang, und deshalb sind die Aktionen der Corona-Leugner und Impfgegner keine sinnvolle Alternative zu dem, was auch uns alle nervt“, hieß es in der Rede der DSSQ-Vertreterin.

Die Beiträge von see red!, I Furiosi, dem „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“, dem Uniklinik-Personalrat, der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ und weiterer Gruppen standen dem nicht nach. So berichtete der Personalratsvorsitzende der Uni-Kliniken, Martin Koerbel-Landwehr, von den Belastungen der Beschäftigten in den kaputtgesparten Krankenhäusern und warnte angesichts dessen vor einer Impf-Pflicht: „Dann werden uns nur noch mehr Kräfte verlassen“. Andere Aktivist*innen griffen die Pharma-Multis scharf an, die aus Profit-Gründen an ihren Impfstoff-Patenten festhalten und damit die ausreichende Versorgung der Länder des globalen Südens mit Vakzinen verhindern. Auch den Versuch der Industrie, die Ungunst der Stunde zu nutzen und die mRNA-Erzeugnisse als Einfallstor für mit vielen Risiken behaftete Gentech-Produkte zu nutzen, verurteilten sie.

Und nicht zuletzt rückten die Redner*innen die sozial Benachteiligten, die besonders unter der Pandemie und ihren Folgen leiden, ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Linke Leerstellen

Einlassungen dieser Art zur Pandemie aus dem linken Spektrum fehlten bisher. „Warum gibt es kaum Kritik von anti-autoritärer, antikapitalistischer Seite an der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen und Impfungen gegen Corona“, fragte etwa ein Leserbrief-Schreiber der „Graswurzelrevolution“. In derselben Zeitung konstatierte Gerhard Hanloser: „Während viele rechte und irrationale Akteur*innen auf der Straße alle möglichen Personen verantwortlich machen wollen (...), war und ist eine Linke, die eine korrekte Benennung von kapitalistischen Akteuren vornehmen hätte können und sollen, schlicht abwesend.“ Auch herrscht nach seinem Befund ein unreflektiertes Bekenntnis zur Wissenschaft als solcher vor – und im Gegenzug oft eine allzu leichtfertige Verdammnis der Naturheilkunde als per se faschistisch kontaminiert. „Wer den sicherlich – vor allem bei den aktuellen Impfgegnern – anzutreffenden Irrationalismus kritisiert, sollte zumindest einen Gedanken daran verschwenden, welcher Art des ‚Rationalismus‘ er das Wort redet. Jenem der herrschenden Verhältnisse?“, gibt er zu bedenken. Ein Aktivist der „Perspektive Solidarität Hamburg“ fühlt sich derweil zerrieben zwischen rechtsextremen Impfgegner*innen und Antifa-Gruppen, die „Wir impfen euch alle!“ skandieren. Nicht nur Autoritarismus sieht er bei Letzteren am Werke, sondern auch den „kulturellen Subtext einer penetrativen Männerphantasie“. Ähnlich wie Hanloser konstatiert er eine „Unkritische Wissenschaftsvergötzung“ und empfindet es keinesfalls als widerrechtliche Aneignung, mit Bezug auf die Losung „My body – my choice“ eine Impfung zu verweigern. Mit solchen Positionen fühlt er sich im linken Umfeld aber ausgegrenzt und umstandslos den „Schwurblern“ zugerechnet. „Ich bin entsetzt, was die bornierte Polarisierung bei den Maßnahme-„Diskussionen“ insbesondere im Hinblick auf Kommunikation und Verständigung angerichtet hat“, resümiert er in dem Text „Die Implosion der ‚Radikalen‘ Linken“. Und wirklich haben ja die verschiedenen Sichtweisen auf die Pandemie nicht nur Familien und Freundeskreise, sondern auch so einige linke Gruppen vor arge Belastungsproben gestellt, was nach einer anderen Gesprächskultur verlangt.

Demo-Kritik

In Düsseldorf gelang es der Linken jetzt erst einmal, nach den Gegenprotesten zu den rechtsoffenen Corona-Demos öffentlich eigene Standpunkte zu dem Thema zu formulieren. Diese Entwicklung begrüßten naturgemäß nicht alle. „Ich möchte eindringlich davor warnen, dass Linksradikale den Aufmarsch der Querdenker nutzen, um sich als gesellschaftliche Mitte zu verkaufen“, tat der CDU-Kreisvorsitzende Peter Blumenrath kund. Marie-Agnes Stark-Zimmermann von der FDP gefiel die Ausrichtung ebenfalls nicht. „Gegen die Pharma-Industrie oder gegen hohe Mieten in Düsseldorf kann man protestieren,



natürlich. Nur hier ging es darum, Bürger, die sonst nicht demonstrieren, gegen Rechtsradikale auf die Straße zu bringen“, monierte sie. Nach Meinung der Schatten-Verteidigungsministerin wäre die Organisation solcher Demonstrationen beim Düsseldorfer Appell in besseren Händen gewesen. Der jedoch hatte sich – wie zuerst auch bei den Pegida-Aufmärschen 2014/2015 – geziert. Er beließ es bei einem Offenen Brief, „[d]a das Infektionsgeschehen größere Demonstrationen auf der Straße nicht zulässt“.

Darum konnten auch die konservativeren Teile der Großen Rathauskoalition aus Linkspartei, Grünen, SPD, FDP und CDU, die dem „Tross von Impf-Gegnern, Verschwörungstheoretikern und Rechtsradikalen“ ganz real die rote Karte zeigen wollte, die DSSQ-Demo nicht ganz ignorieren. Allerdings rief das Parteien-Bündnis nicht explizit dazu auf, sich ihr anzuschließen, sondern fuhr zweigleisig und schlug vor, wahlweise an der Strecke der Spaziergänge entlang zu protestieren. „[D]as dürfte vor allem für die CDU eine Bedingung gewesen sein“, vermutete die „Rheinische Post“ nicht zu Unrecht.

Strack-Zimmermann und andere Lokalpolitikerinnen fanden sich an dem Samstag aber auf dem Cornelius-Platz ein, wo zum Auftakt auch Superintendent Heinrich Fucks vom Düsseldorfer Appell sprach. Sie fremdelten aber offensichtlich mit den

nachfolgenden Redner*innen sowie einigen Transparent-Sprüchen und ließen irgendwann auf dem Weg zur Abschlusskundgebung auf dem Oberbilker Markt abreißen. „Zu diesem Zeitpunkt waren vom Parteien-Bündnis einzig die Linken noch anwesend“, konstatierte das Internet-Portal „Ddorf-aktuell“. So entging ihnen dann noch ein kleiner Zwischenfall am Rande, als eine Gruppe gegen den Schluss-Auftritt des Rappers S. Castro protestierte. Sie warfen dem Musiker unter anderem Antisemitismus vor, was dieser vehement zurückwies.

JAN

SOLIANZEIGE

Label & Mailorder für
Punk-Musik & Artverwandtes

Neuerscheinungen

RACCOONE RECORDS

KNIGGE & KRUST – S/T

14 Songs in schmalen 20 Minuten. Hardcore-Punk amerikanischer Prägung mit einer feinen Prise Melodie. In Kooperation mit Spastic Fantastic & Search For Fame

Ab jetzt erhältlich!

ZUNDER – PROXIMA B

deutschsprachiger Anarchx-Hardcore-Punk aus Flensburg. gekeifter Wechselgesang, rotzige Gitarren, rumpelnder Bass und treibendes Schlagzeug. In Kooperation mit Black Mojito & Kotzbrocken Records

Bald!

MARODE – RISSE

Roh, schnell, auf das Wesentliche reduziert, mit gebrochenen Stimmen und verrosteten Instrumenten. marode spielen alten Punk in einer kaputten Welt und halten derselben den Spiegel vor. In Kooperation mit Rilrec, Violent Heartbeat Rec, Attack Records & SchorrieMorrieTunes

Sommer '22!

bereits erschienen und noch erhältlich

raccoone-records.de



Lager in der Pandemie

Geflüchtete zur Durchseuchung freigegeben?

In der Covid-19-Pandemie stehen bei weitem nicht alle gefährdeten gesellschaftlichen Gruppen im Fokus der Politik. Zu den Marginalisierten und Ungehörten, die zugleich besonders vulnerabel sind, gehören neben obdachlosen Menschen vor allem geflüchtete Menschen, die in Sammellagern leben müssen.

Geflüchtete, die in Landes-Erstaufnahmeeinrichtungen (EAEs) und Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes NRW (ZUEs) untergebracht sind, waren seit Beginn der Pandemie sowohl am meisten gefährdet, sich zu infizieren, als auch am meisten vernachlässigt. Dies bestätigt eine Studie der Uni Bielefeld unter Leitung des Epidemiologen Prof. Dr. Kayan Bozorgmehr, der Infektionsdaten von 42 Sammelunterkünften für Geflüchtete auswertete. Schuld daran seien die beengten Verhältnisse in Mehrbettzimmern (bis zu sechs Personen), Gemeinschaftsduschen und -toiletten sowie die Gemeinschaftsverpflegung in Kantinen. Zudem trügen die bestehenden Quarantäneregeln zu einer erhöhten Infektionsgefahr bei.

„Es war ein kleines Zimmer und wir waren sechs Leute, [...]. Wenn du erkältet bist, werden sich alle erkälten. Am Ende hatten wir, glaube ich, alle Corona, weil wir die gleichen Symptome hatten, bevor wir die Unterkunft verlassen haben. Wir konnten alle nichts riechen, unsere Nase lief und wir haben das Essen nicht wirklich geschmeckt. Es war eine furchtbare Erfahrung.“

Die Impfkampagne, für die das Robert-Koch-Institut Menschen in Sammelunterkünften eigentlich auf die Priorisierungsstufe 2 und damit direkt hinter Ärzt*innen und Pflegepersonen setzte, lief in den ZUEs in NRW erst Mitte 2021 an. Überwiegend wurde der Impfstoff von Johnson & Johnson eingesetzt, der nur einmalig verimpft wird, was für die Zielgruppe wohl praktischer erschien. Leider erwies sich die immunisierende Wirkung

dieses Vakzins als wenig nachhaltig, weil die Wirkung schon nach wenigen Wochen nachließ. Von einem proaktiven Bemühen, die Betroffenen darüber in Kenntnis zu setzen und zügig eine Boosterimpfung für alle, die das wollen, verfügbar zu machen, ist jedoch in den Flüchtlingslagern nicht viel zu erkennen.

Nach wie vor wird in den EAEs kaum geimpft. Dies wird damit begründet, dass die Bewohner*innen zuerst eine „Basis-Impfung“ gegen Masern, Röteln und Mumps erhalten sollen, da das Risiko für Erwachsene bei Masern sehr hoch ist. Für beide Impfungen sei der Organisationsaufwand aber zu groß und der Aufenthaltszeitraum reiche dafür nicht aus. Tatsächlich hat sich aber – unter dem Vorwand des Infektionsschutzes – der Aufenthaltszeitraum der geflüchteten Menschen in den EAEs deutlich verlängert.

Das MKFFI (Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration) legt hingegen eine vorrangige Impfung gegen Covid-19 nahe. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, gilt in vielen EAEs neuerdings eine formale Wahlfreiheit. Interessierte können nun auch zunächst die Covid-Impfung einer öffentlichen Impfstelle der jeweiligen Stadt in Anspruch nehmen. Real passiert dies in den meisten EAEs aber höchst selten. Denn in den Unterkünften gibt es kaum angemessenes mehrsprachiges Informationsmaterial, das Grundlage für eine solch gravierende Entscheidung sein könnte. Zudem verweisen einige EAEs darauf, dass sie nicht für die Impfaufklärung zuständig seien. Dies sei Aufgabe der Gesundheitsämter und Ärzt*innen. Nicht zuletzt

ist der Aufwand einer Impfung für die Bewohner*innen aber unverhältnismäßig hoch, da die Entfernung zwischen der EAE und dem nächsten Impfzentrum häufig sehr groß ist.

In einigen EAEs ist die Tatsache, dass dort inzwischen die 3G-Regel auf dem Gelände gilt, ein Druckmittel, den großen Aufwand doch auf sich zu nehmen, weil die Bewohner*innen sich sonst täglich für den Besuch der Kantine etc. einem Schnelltest unterziehen müssten. So soll z. B. in der EAE Köln dadurch eine höhere Impfquote erzielt worden sein.

„Das ist sehr gefährlich. Du kannst im Zimmer nicht 1,5 Meter Abstand halten. Du teilst die gleichen Toiletten mit über hundert Personen, man kann in so einer Situation keine Hygieneregeln einhalten.“

Aber auch an einem vernünftigen Infektionsschutz innerhalb der Sammelunterkünfte mangelt es deutlich. So berichtet Judith Welkmann (*Name geändert), die als Flüchtlingsberaterin in einer kleineren Landesunterkunft in NRW arbeitet: „Unsere Einrichtung sollte eigentlich zur Entzerrung dienen, um besonders gefährdete Risikogruppen einen einigermaßen angemessenen Infektionsschutz bieten zu können. Die Landesregierung NRW hat aber insgesamt die belegbaren Plätze in den Unterkünften in den letzten Jahren um etwa ein Drittel heruntergefahren. Jetzt stocken unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung die Zuweisungen in die Kommunen, und in den letzten Monaten hat auch die Anzahl neu einreisender Geflüchteten wieder zugenommen. Darum platzen die Sammellager gerade aus allen Nähten und sind zum Teil überbelegt.“

So wird auch in ihrer Einrichtung die Belegungsgrenze erreicht. Und der Virus breitet sich dort aus, denn Schutzmaßnahmen werden oft nicht ergriffen.

„Wenn neue Leute aus der Erstaufnahmeeinrichtung zu uns kommen“ berichtet Welkmann, „bekommen sie vor ihrer Abfahrt nicht einmal einen PCR-Test. Dabei grassiert das Virus gerade z. B. in der EAE Mönchengladbach. Dann stecken sich die Leute im Bus während des Shuttles gegenseitig an. Wenn sie hier ankommen, sind viele frisch infiziert und werden erst einmal in Quarantäne gesteckt. Da infizieren sich dann die Familien und die Leute auf dem Gang noch gegenseitig. Mit etwas Pech müssen sie dann wochenlang in Quarantäne bleiben, eine sogenannte Ketten-Quarantäne. Das trifft auch Kinder! Und das nur, weil vor der Abfahrt nicht ordentlich getestet wird.“

Diese Form der Kettenquarantäne fand auch in den ZUEs in Neuss und Ratingen immer wieder statt.

„Alle Menschen stehen in einer Schlange, um Frühstück, Mittag- und Abendessen zu bekommen. Alle Menschen spazieren zusammen auf einem sehr

engen Hof. Da ist tatsächlich sehr wenig Platz. Die sind ständig im Kontakt. Das heißt, es ist tatsächlich keine richtige Quarantäne.“

Zu Beginn des Jahres 2021, als die kostenlosen „Bürger*innentests“ aufkamen, wurde an manchen EAEs oder ZUEs direkt eine Teststelle eingerichtet. Dieses Angebot wurde jedoch im Herbst mit Ende der kostenlosen Tests eingestellt und seitdem nicht wieder aufgenommen. Fortan wurden die Bewohner*innen nur noch getestet, wenn sie Behördentermine oder ähnliches hatten. Das Testangebot wurde lange nicht wieder aufgenommen, obwohl viele Bewohner*innen noch nicht geimpft waren, ihnen kein Impfangebot gemacht wurde und vieles, wie z. B. Busfahrten, nur mit Test möglich war. In der EAE Bielefeld wurde erst Anfang Februar 2022 mitgeteilt, dass es wieder ein tägliches Testangebot für alle untergebrachten Personen in der Unterkunft geben sollte.

Eine regelmäßige PCR-Testung findet in den Sammelunterkünften erst recht nicht mehr statt. Für die Bewohner*innen bedeutet das Leben in den EAEs und ZUEs in Corona-Zeiten eine noch stärkere psychische und physische Belastung. Zu den fluchtbedingten Belastungssituationen, den Zukunftsängsten aufgrund der ungeklärten aufenthaltsrechtlichen Fragen und dem ohnehin stark reglementierten Leben in den Lagern kommt die Angst vor einer Corona-Infektion mit all ihren möglichen Folgen.

„Menschen, die potenziell gefährdet sind, [...], Menschen mit verschiedenen Krankheiten [...] Die haben wahnsinnige Ängste, krank zu werden. Diese schwierige Situation, die schon vor der Pandemie da war, [hat sich] noch mehrfach verstärkt. Also zu den Ängsten sind noch mehr Ängste gekommen, Und da wir es so kennen, dass nur dringende Fälle medizinisch versorgt werden, was passiert dann mit den anderen in so einem Fall?“

Für die vielen unter Quarantäne stehenden Erwachsenen und Kinder ist der Bewegungsspiel-



raum in den Unterkünften oft über Wochen sehr stark eingeschränkt, so dass ihr Leben eher einer Gefangenschaft gleicht. Ehrenamtliche Angebote, die zumindest kurzfristig eine Ablenkung versprochen haben – wie Sprachkurse, Spiel- und Sportgruppen etc. – wurden als Pandemieschutzmaßnahme eingestellt und bisher nicht wieder aufgenommen.

Nicht nachvollziehbar ist auch, warum keine FFP2-Masken für alle Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen zur Verfügung gestellt werden. Die meisten Personen im Lager laufen mit schlecht sitzenden und viel zu oft getragenen OP-Masken herum. Dazu Judith Welkmann: „Viele Bewohner*innen sind enorm dankbar, wenn man ihnen mal eine frische FFP2-Maske gibt. Denn unsere Unterkunft hier ist sehr abgelegen, so wie viele andere auch. Wenn man kein Geld für den ÖPNV hat, kommt man nur unter Inkaufnahme langer Fußwege zum nächsten Drogeriemarkt oder zur Apotheke. Bei wöchentlich 32 Euro Taschengeld sind FFP2-Masken außerdem eine echte Investition, die man im Geldbeutel spürt.“ Generell wäre der beste Infektionsschutz laut den Bielefelder Wissenschaftler*innen eine dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen. In zentralen Sammelunterkünften sollte die Unterbringung zumindest in Einzelzimmern oder in kleinen Wohneinheiten organisiert werden. Ein solches Vorgehen wäre auch im Interesse der öffentlichen Gesundheit, um eine schnelle Ausbreitung des Virus beim Auftreten in Sammelunterkünften zu verhindern. Aber von solchen Maßnahmen wollen die Bezirksregierungen und das MKFFI offenbar nichts wissen.

„Sie haben uns, [...], komplett vergessen. Sie haben komplett vergessen, dass das hier ein Haushalt mit 700 Personen ist.“

Sammellager können durchaus als „Pandemietreiber“ bezeichnet werden – so wie jeder Ort,

an dem viele verschiedene Menschen zusammenkommen, ohne ausreichend Abstand und Schutzmaßnahmen einhalten zu können. Und so gab es auch während der gesamten Pandemie praktisch keine Phase, in der in NRW keine Coronafälle in den Unterkünften auftraten. Gerade jetzt scheint es, dass die Bewohner*innen der EAEs und ZUEs nun endgültig der Durchseuchung freigegeben sind. Die Gefahren für die Betroffenen werden dabei billigend in Kauf genommen. 

NOLAGER NRW

Alle Zitate aus: „Bedeutet unser Leben nichts?“ Erfahrungen von Asylsuchenden in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie in Deutschland“, Pro Asyl, S. 45-50, https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/210809_PA_Lager.pdf [Abruf 17.02.2022].

Abschiebungen gehen weiter

Die Kommunale Ausländerbehörde Düsseldorf hat 2021 insgesamt 106 Menschen abgeschoben (2020 waren es 50 und 2019 insgesamt 102 Menschen). Darunter waren 80 männlich und 26 weibliche Personen. 41 Menschen (25 männliche, 16 weibliche) wurden in sogenannte sichere Drittländer in Europa abgeschoben, 29 Menschen (27 männlich, zwei weiblich) wurden in angeblich sichere Herkunftsländer abgeschoben. 29 weitere Personen (21 männlich, acht weiblich) wurden in andere Länder abgeschoben, darunter jeweils eine Person in die Türkei und den Iran. Zwei der Abgeschobenen hatten sich vorher an die Härtefallkommission gewendet. 60 Menschen wurden aus der Abschiebehaft heraus abgeschoben, d. h. im Umkehrschluss 46 Menschen wurden direkt aus ihrem sozialen, lokalen Umfeld herausgerissen. Zehn Menschen wurden trotz eines Verbots der Frühabschiebung aus angeblich organisatorischen Gründen vor 6 Uhr morgens aus ihren Wohnungen geholt. Unter den 106 Abgeschobenen waren zehn Minderjährige in Begleitung von Erziehungsberechtigten und sechs Menschen waren über 60 Jahre alt. 33 wurden über den Landweg abgeschoben, von den anderen 73 Abgeschobenen wurden 33 über den Flughafen Düsseldorf abgeschoben. Insgesamt ist die Auflistung ungenau und zahlenmäßig nicht stimmig. Wohin beispielsweise die sieben Menschen aus Syrien abgeschoben wurden, geht aus der Auflistung nicht hervor. Die genaue Auflistung findet sich unter www.linksfraktion-duesseldorf.de

Männlich

Herkunftsland	Anzahl
Afghanistan	3
Albanien	8
Algerien	4
Armenien	1
Bangladesch	2
Bosnien Herzegowina	1
Brasilien	1
Eritrea	1
Georgien	3
Ghana	6
Guinea	4
Indien	2
Irak	1
Iran	4
Kolumbien	3
Kosovo	1
Libanon	1
Libyen	2
Marokko	4
Mazedonien	4
Moldau	1
Nigeria	3
Pakistan	4
Rumänien	1
Russland	3
Serbien	6
Syrien	3
Türkei	1
Ukraine	2
Insgesamt	80

Weiblich

Herkunftsland	Anzahl
Armenien	5
Aserbaidshjan	1
Bosnien Herzegowina	1
China	4
Eritrea	1
Georgien	1
Ghana	1
Guinea	1
Indien	2
Iran	1
Kolumbien	1
Nigeria	1
Russland	2
Syrien	4
Insgesamt	26





düsse

GARTEN-T-RAUM

Eine Geschichte vom einfach-mal-machen

Vor über acht Jahren startete das Gartenprojekt düsselgrün – als kleine Ansammlung von drei Hochbeeten aus alten Paletten auf einer brachliegenden Fläche in der Haifastraße in Oberbilk. Ein fehlender Garten, die Fläche direkt vor dem Haus, drei Freund*innen, die einfach mal machen. Das erste Urban-Gardening-Projekt in Düsseldorf entstand. Die Köpfe der Gärtner*innen waren voller Ideen und Visionen von Guerilla Gardening auf verwilderten Flächen und davon, die wenigen freien Flächen in der Stadt für die Menschen zu nutzen. Für mehr Grün in der Stadt, für weniger versiegelte Flächen, für gutes Klima, für offene Räume, Bauzäune und Freiflächen als Einladung zum Eintreten nutzen. Die Nische zwischen den Häuserblöcken in der Haifastraße hatte viel zu bieten: wilde wuchernde Ecken mit japanischem Knöterich und Flieder, Sonne und Wände mit Grünspan, die bald als Clean-Graffiti das Logo des Gartens trugen. Schnell gab es Zuwachs auf der Fläche, die Gruppe der Gärtner*innen wurde größer. Medienpräsenz. Dann sollte die Brachfläche geräumt werden. Die Ankündigung: es wird gebaut. Mit Unterschriftenaktion, politischer Arbeit und Presse machten wir auf die Idee des Urban Gardening aufmerksam – gemeinschaftliches Gärtnern im städtischen Raum – für alle! und gemeinschaftlich organisiert. Die Fläche mussten wir nach kleinen Erfolgen 2015 dann doch räumen. Dafür gab es einen neuen Ort, eine große Fläche im WGZ-Park zwischen Kölner und Velberter Straße und das Versprechen, dass der Garten dort bleiben könne. Es entstanden Hochbeete, Blühstreifen, eine Kräuterspirale, Bewässerungsmöglichkeiten, eine abgeschirmte Ecke für einen Bienenstock, schattige und sonnige Sitzgelegenheiten, eine Bar, eine Bühne unter einem Weidendach, eine Kompoststation, ein Hörrundgang. Bei den sonntäglichen Gartentreffen wird gegärtnert, gewerkelt, gegossen, gequatscht und genossen. Abseits von Gartentreffen oder Veranstaltungen ist der düsselgrün-Garten jederzeit für alle offen.



Heute wächst der Garten immer noch. So oder so. Entwickelt sich. Es ist noch Platz für neue Bauprojekte und von Saison zu Saison wird der Ort grüner und verwunschener. Die meisten Pflanzen und Bäume brauchen Zeit, wachsen langsam, Bodenkultur und Ökosystem entwickeln sich über Jahre. Kurzlebiges Urban Gardening bietet nur einjährigen anspruchsloseren Gemüsepflanzen ausreichend Ressourcen. Vor allem aber ist düsselgrün ein Ort für Gemeinschaft. Gemeinschaftlich entscheiden, organisieren, diskutieren – gemeinschaftlich lachen, machen, streiten.

Düsselgrün soll ein Ort für alle sein, die sich im Garten wohlfühlen und den Ort respektieren. Und das klappt. Probleme mit Müll und Vandalismus halten sich in Grenzen. Und immer, wenn ich im Garten bin, dann treffe ich jemanden. Jemand sonnt sich, jemand sucht eine geschützte Ecke, jemand bringt seinen Kompost vorbei, jemand ist neugierig, jemand fachsimpelt, jemand trifft sich zum Date mit jemanden. Und auch heute lebt düsselgrün vom einfach-mal-machen. Inzwischen organisierter und in Abstimmung mit der Gruppe, dennoch ist es oft das einfach-mal-machen, was Leben und Veränderung bringt. Etwas wahrnehmen, Aufgaben sehen, Ideen für Neues entwickeln, Lust auf noch mehr als gärtnern – Veranstaltungen, politisch werden, gemeinsam Abende mit selbstgemachten Speisen oder am Lagerfeuer verbringen. Das ist düsselgrün. Und für alle die es noch nicht tun: einfach-mal-machen! 📌

PAULA NOWACK

Über düsselgrün

Ihr findet unseren Garten-T-Raum hinter dem Hauptbahnhof am Ende des Parks zwischen Kölner und Velberter Straße – nur knapp fünf Minuten zu Fuß vom Hbf oder Oberbilker Markt entfernt.

Was wir wollen?

Wir wollen andere Räume in der Stadt schaffen. Räume, die wir selbst gestalten können und die nachhaltig wirksam sind und zum Verweilen, lernen, sich begegnen und die zum Austauschen einladen. Jede*r darf mitmachen und ist herzlich willkommen! Wir wollen über das gemeinsame Gärtnern altes Wissen wieder erlernen und teilen, Aufmerksamkeit schaffen für den regionalen und saisonalen Anbau von Gemüse und über Fragen von nachhaltigem und ökologischem Leben diskutieren.

Für unser Gartenprojekt brauchen wir Euch!

Es gibt viel zu tun! Säen, jäten, wässern und pflegen – neue Beete bauen – zusammen ernten und essen – Ideen für Aktionen und Projekte sammeln und verwirklichen – ...

Offene Gartentreffen

Immer sonntags ca. 14:00 bis 19:00 Uhr
Los geht die Garten-Saison 2022 am Sonntag, dem 20. März

Ihr könnt jederzeit beim offenen Gartentreffen vorbeischaun und uns Düsselgrünes kennenlernen. Einmal monatlich trifft sich die Gartengruppe zum Plenum, auf dem alle Gartenthemen und -ideen gemeinsam besprochen und geplant werden.

www.duesselgruen.de
www.facebook.com/duesselgruen
www.instagram.com/duesselgruen/



PLATZ da!

Ihr seid eine Initiative, ihr braucht einen Ort für eure Treffen?

Ihr wollt unseren Garten nutzen, um Kultur zu präsentieren oder über etwas informieren?

Wir bieten düsselgrün!

Wir sind unparteiisch, aber nicht unpolitisch.

Kontakt: info@duesselgruen.de



Ein Blick zurück nach vorne

03.2022

ANARCHIST ACADEMY

Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FvDG) war während des ersten Weltkrieges einer umfassenden Repression und zahlreichen Verboten ausgesetzt. Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches schlossen sich die nun wieder legalisierten Gewerkschaften der FvDG mit mehreren der gerade erst entstandenen Arbeiter Unionen zur Freien Arbeiter Union Deutschlands / Syndikalisten zusammen. Kurz darauf vertrieb im März 1920 ein Putsch die Regierung aus Berlin. Die Arbeiter*innen reagierten darauf mit einem Generalstreik, der im Ruhrgebiet zu einer Revolution führte, die nach vier Wochen aus einem Bündnis von SPD, Reichswehr und Freikorps (genau die, die gerade eben noch gegen die Regierung geputscht hatten!) niedergeschlagen wurde. Der Zeitpunkt für eine anarchosyndikalistische Organisation war trotz allem günstig, denn gerade radikale Arbeiter*innen suchten eine Alternative zu SPD, USPD und KPD. Sie wandten sich einem eigenständigen Strang der Arbeiter*innenbewegung zu, dessen Wurzeln in Deutschland bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen¹. Hochburgen der FAUD/Anarchosyndikalisten (AS) lagen unter anderem im Ruhrgebiet und im Rheinland. Mit „Die Schöpfung“ aus Düsseldorf verfügten sie über eine eigene Tageszeitung(!)² für das Rheinland und eine Wochenzeitung („Der Syndikalist“), über Jugendgruppen, Frauenverbände und eigene Siedlungsprojekte (in Düsseldorf zum Beispiel die „Freie Erde“). Die anarchosyndikalistisch organisierten Arbeiter*innen lehnten die Trennung wirtschaftlicher, kultureller und politischer Kämpfe ab und fordern stattdessen den Kampf ums Ganze. Alle Teile des Lebens sollten selbstverwaltet sein. Die Anarchosyndikalist*innen verstanden sich dabei sowohl als ökonomische Kampforganisation wie auch als radikale Kulturbewegung. Auf ihrem Höhepunkt organisierten sich rund 150.000 Mitglieder in der FAUD/AS³. Bis zur Selbstauflösung 1933⁴, kurz vor der Machtübergabe an die Nazis, lagen die Schwerpunkte der FAUD/AS neben den Arbeitskämpfen (in Düsseldorf sind hier besonders die Fliesenleger zu erwähnen) vor allem auf der Gründung und Festigung der Internationalen Arbeiter*innen Assoziation⁵ dem Aufbau der Syndikalistischen Frauenbünde, der Jugendgruppen und der zahlreichen Kultur

und Gesundheitsorganisationen. Natürlich war ein weiterer Schwerpunkt die Analyse und Warnung vor dem Faschismus⁶: zuerst vor allem in Bezug auf den italienischen Faschismus, mit Gründung der NSDAP wurde vor allem diese betrachtet. Während des Faschismus war Düsseldorf ein wichtiges Drehkreuz für Flüchtlinge und Schmuggelware, etwa für Zeitungen aus dem Ausland und Berichte über die Zustände in Deutschland. Mit der Gruppe DAS entstand eine Auslandsorganisation der FAUD deren Mitglieder aktiv an den Ereignissen 1936 in Spanien teilnahmen. Andere FAUD-Mitglieder organisierten sich in Polen und spielten eine wichtige Rolle im Warschauer Aufstand. In ganz Deutschland wurden hunderte Mitglieder verschleppt, inhaftiert und ermordet. Nach dem Krieg reorganisierten sich einige Überlebende in der Föderation Freiheitlicher Sozialisten. Aber erst im Jahr 1977 wurde in der BRD die bis heute bestehende Nachfolgeorganisation gegründet: die Freie Arbeiter*innen Union (FAU).

FAUD on Tour

Von März bis Juli wollen wir uns auf insgesamt fünf Radtouren zusammen mit Euch auf Spurensuche begeben. Jede Tour widmet sich einem eigenen Schwerpunkt. Die erste Tour widmen wir den revolutionären Ereignissen von 1920. Sie führt uns vom Stadtzentrum in Duisburg über Walsum, Dinslaken, Hünxe und Krudenburg nach Wesel. Die Touren im April, Mai und Juni finden allesamt in Düsseldorf statt (Start und Endpunkt ist jeweils das FAUD-Lokal V6 in Unterbilk). Während wir im April und Juni gleich mehrere Themen ansprechen (zum Beispiel die syndikalistischen Frauenbünde, die Siedlung Freie Erde, die FAUD als Kulturbewegung u.v.a.m.) konzentrieren wir uns am 8. Mai auf den anarchosyndikalisti-

schen Widerstand gegen die Nazis. Unsere letzte Tour führt uns noch einmal nach Duisburg. Dort werden wir, wie vorher in Düsseldorf, an ausgewählte Orte mit Bezug zur alten FAUD/AS fahren und in mehreren kurzen Vorträgen über die Geschichte, die Kämpfe und die Ideen der Anarchosyndikalist*innen berichten. Alle Touren sind so angelegt, dass sie auch von Anfänger*innen gut bewältigt werden können. Die Teilnahme ist grundsätzlich kostenlos – Spenden sind uns aber natürlich immer sehr willkommen. **FAUD**

Alle Infos: <https://duesseldorf.fau.org/termine/srrw/>

FAU-Radtouren

- Alle Touren sind für Anfänger*innen geeignet!
- Tour 1: Märzrevolution Sa., 19.03.**
Start: 10h, Duisburg HBF
Von Duisburg über Walsum, Dinslaken, Hünxe und Krudenburg nach Wesel auf den Spuren der revolutionären Ereignissen von 1920.
 - Tour 2: Die FAUD Sa., 23.04.**
Start- und Endpunkt: FAUD, Lokal V6, Volmerswerther Str. 6, Düsseldorf
Heute geht es unter anderem um die Siedlung Freie Erde und die FAUD als Kulturbewegung.
 - Tour 3: Anarchosyndikalistischer Widerstand So., 08.05.**
Start- und Endpunkt: FAUD, Lokal V6, Volmerswerther Str. 6, Düsseldorf
Auf den Spuren des anarchosyndikalistischen Widerstand gegen die Nazis.
Weitere Touren im Juni und Juli!



¹ Im Jahr 1897 gründeten die sogenannten Lokalisten die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FvDG). Ihr Ziel war es, die Basis der Arbeiterschaft gegenüber den zentralistischen Gewerkschaftsorganisationen zu stärken und sie vor der Vereinnahmung durch die Sozialdemokraten zu schützen. 1919 benannte sich die FvDG in FAUD um.
² Später als Wochenzeitung – u.a. auch ein wichtiges Presseorgan für die Syndikalistischen Frauenbünde.
³ Das war 1921. Danach verliert die FAUD/AS Mitglieder, bis 1933 der fünfstelligen Mitgliederstand von 1918 wieder erreicht war.
⁴ Zu diesem Schritt entschloss sich die FAUD/AS um so möglichst viele Strukturen und Mittel in den Un-

tergrund retten zu können. In Düsseldorf verfügten die FAUD so zum Beispiel über eine eigenen Untergrunddruckerei. Desweiteren wurden Fluchtwege angelegt und Schmuggelrouten bestimmt, um Informationen hinein und hinaus schmuggeln zu können.
⁵ Das „*innen“ kam erst in den 1990er/2000er Jahren dazu. Als die im Dezember IAA 1922 gegründet wurde, hieß sie Internationale Arbeiter Assoziation.
⁶ Alle frühen Appelle an die Arbeiter*innenschaft, die sich auf den Faschismus und besonders auf geeignete Gegenmaßnahmen (wie den Generalstreik) bezogen, verhallen ergebnislos... Ausnahmen bildeten lokale Kartelle antiautoritärer Gruppen.

Von Neuss nach Leipzig – keine Gerechtigkeit, nirgends

Im Januar 2022 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig die Repressionspolitik des Bundesinnenministeriums gegen einen kurdischen Verlag und einen Musikvertrieb aus Neuss. Mit über 100 anderen Medien- und Kulturschaffenden erklärt die TERZ ihre Solidarität mit den Freund*innen von Mir Multimedia und Mezopotamien Verlag.

Seit der Razzia in den Räumlichkeiten des Neusser Mezopotamien Verlagshauses und des Musikverlages Mir Multimedia im März 2018 ist keines der 50.000 Bücher wieder aufgetaucht. Auch das europaweit größte kurdische Musikarchiv ist der Öffentlichkeit weiterhin entzogen. Buchstäblich tonnenweise hatten Beamt*innen der Polizei im Frühjahr 2018 die Verlags- und Medienhäuser leergeräumt. Kinderbücher, Musik-CDs und Tonträger, Lehrbücher für kurdische Sprache, Romane und Weltliteratur: beschlagnahmt. Ebenso wie der kleinste Teil des Verlagsprogramms – die politische Literatur. Auf die Beschlagnahmung folgte im Februar 2019 das Verbot. Der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erklärte die Medienhäuser zu Teilorganisationen der in Deutschland verbotenen PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), untersagte unter Anwendung des Vereinsgesetzes jede Weiterführung der Verlagsarbeit. Die Medienhäuser klagten gegen das Verbot. Im Januar 2022 verhandelte nun das Leipziger Bundesverwaltungsgericht erst- und letztinstanzlich zur Sache.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression

Anlässlich des bevorstehenden Prozesstermins zeigten bundesweit über 100 Kultur- und Medienschaffende in der Woche vor dem Prozesstermin am 26. Januar 2022 ihre Solidarität mit den beiden Verlagen. Der Vorwurf des Bundesinnenministeriums gehe fehl, heißt es in der Erklärung der Unterstützer*innen. Die Anschuldigungen per Verbotverfahren als vermeintlich stichhaltig durchzudrücken bedeute, dass die bundesdeutsche Politik dem türkischen Staat und seiner „Repression gegen nicht-türkische Kultur“ in die Hände spiele, sie sogar „massiv unterstützt“. Hatte das Innenministerium sein Verbot 2019 doch damit zu erklären versucht, dass „der Geschäftsbetrieb“ beider Verlagshäuser „allein der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der PKK“ diene. „Mit ihrem wirtschaftlichen Ertrag“ seien

Nachgewiesenermaßen schrieben sowohl der Mezopotamien-Verlag als auch das Musikunternehmen Mir jedoch rote Zahlen. Statt Erträgen: Defizite. Wie bei so vielen Medienhäusern in Deutschland.

Was ein Verlag tut

Der 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts hat die Klage der Verlagshäuser am 26.01.2022 rechtskräftig abgewiesen. Damit ist das Verbot bestätigt. Die Richter*innen blieben dabei: Die beiden Unternehmen seien als Teilstrukturen der seit 1993 verbotenen PKK zu sehen. Damit drehten sie die zuvor als Begründungslast für das Verbot zusammengedichteten Argumente auf den Kopf. Diente ihnen als Beleg für die Bestätigung des Verbotes doch nun (in 180-Grad-Umkehrung der zuvor herangezogenen vermeintlichen Begründung) die Annahme, dass der Mezopotamien Verlag seinerseits von der PKK finanziell unterstützt werde. Mit dem Vertrieb von Büchern und Zeitschriften betreibe der Verlag nach Annahme des Gerichts außerdem Propaganda für die Arbeiterpartei Kurdistans. Dafür spräche, so das Gericht, daß der Verlag die Herstellung der Bücher selbst in Auftrag gäbe. Was ein Verlag eben so macht: Er druckt Bücher, ediert Literatur und Sachtexte. Und mit ein wenig Geschick verkauft er seine Produkte sogar, Bücher und Non-Book-Artikel – so, wie jeder andere Verlag auch. Das „Börsenblatt“, das Fachmagazin des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e. V., berichtete am 31. Januar über das Urteil und ergänzte unter Verweis auf die Presseaussendung des BVerwG vom 27.01.2022, daß das Gericht abschließend auch aus „verfassungsrechtlicher Sicht“ keine „Bedenken“ gegen das Verbot geäußert habe. Justizia, so frei, wie Du tust, bist Du nicht, nicht wahr?

Das Verbot aufheben – sofort!

Der Verbleib der beschlagnahmten Bücher und Medien ist bis auf weiteres ungeklärt. Das Börsenblatt erinnerte in seiner Berichterstattung

„die Aktionsmöglichkeiten der PKK in Deutschland und Europa nachhaltig gestärkt“ worden, hieß es damals in der Verbotsbegründung.

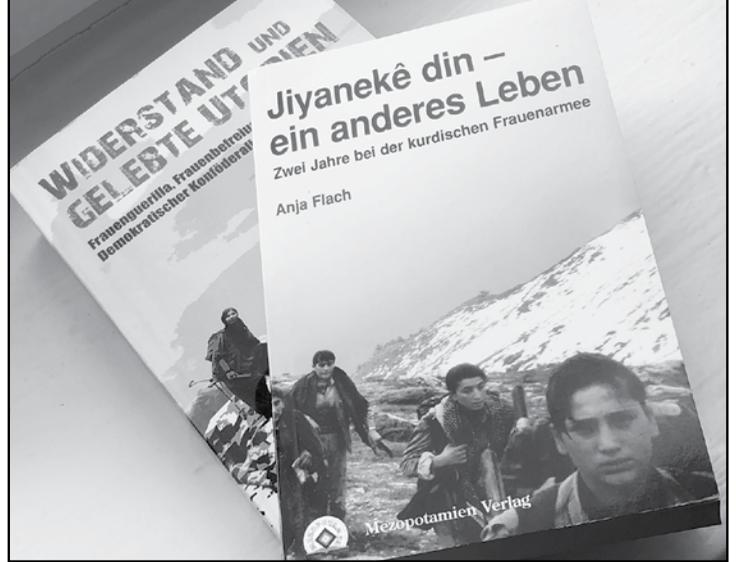
zum Prozess aber daran, dass einige Autor*innen und Publikationen des Mezopotamien-Verlages inzwischen durchaus ein vorübergehendes Exil-Zuhause gefunden haben. Der Münsteraner Unrast Verlag, der Mandelbaum Verlag aus Wien und die Schweizer Edition 8 machen mit ihrer „Edition Mezopotamya“ die wichtigsten deutschsprachigen Titel wieder zugänglich. Finanziert wird dieses „Projekt gegen Zensur und für die Publikationsfreiheit“ aus Spenden. „Aus dem Buchverkauf rücklaufendes sowie ggf. überschüssiges Geld wird einem Solidaritätsfonds für die Prozesskosten des Mezopotamien Verlags und des MIR Musikvertriebs zur Verfügung gestellt“, so die Mit-Unterstützer*innen von labournet.de in ihrem Aufruf zur Spendenkampagne. Die Verlagshäuser werden gegen das Urteil des BVerwG Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht einlegen.

An der Seite von über 100 Einzelpersonen, Verlagen, Antiquariaten, Buchhändler*innen und Kulturschaffenden – darunter ein Mitglied des Präsidiums des PEN-Zentrums Deutschland und zwei Mitglieder des Bundesvorstandes des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller – schließt sich die TERZ der Solidaritätserklärung an:

„Wir als Kultur- und Medienschaffende fordern die Aufhebung des Verbots der beiden Medienbetriebe und die Rückgabe des beschlagnahmten Materials, damit die Medienhäuser ihre Arbeit wieder aufnehmen können. Wir fordern die demokratischen Grundrechte der Kunst-, Meinungs-, Presse- und Publikationsfreiheit auch für die kurdischen Menschen in Deutschland ein. Und wir fordern ein Ende der Repression von Bundesregierung und türkischem Staat gegen kurdische Menschen und ihre Kultur.“

Ausführliche Dokumentation:
www.labournet.de – unter dem Suchbegriff „Mezopotamya“ im Seiten-eigenen Suchfenster.

Spendenkonto: Verein zur Förderung kurdischer Kultur e. V.
IBAN: DE78 4306 0967 1011 1214 00
BIC: GENODEM1GLS
Verwendungszweck:
Edition Mezopotamya



März Musik

Handverlesen und präsentiert von The Oberbilker



Moin, Moin!

Pünktlich zum Redaktionsschluss der letzten Ausgabe schlug endlich das **Oiro** Tape bei mir auf. **Cool Narben** reiht sich nahtlos in die Oiro Historie ein. Auch der neue Drummer namens Roland scheint sich gut eingelebt zu haben und prügelt sich die Seele aus dem Leib. 13 Punkgranaten, die noch ungestümer und knackiger als die alten Songs sind. Ich bin restlos begeistert (mit dem Titel Bus 780 können vielleicht nur alte Erkrather etwas anfangen). Auf dem Cover eine sehr böse Goofy-Hommage von Mexer aka Max Fiedler und seinem Sohn Theo. Herz, was willst Du mehr! Die Erstauflage wird wohl bald ausverkauft sein, darum schnell ordern bei Raccoone Records. Rikk Raccoone hat mir gesteckt, dass nach dem Vinyl-Release im April eine Tape-Zweitauflage mit anderem Cover Artwork geplant ist. Cool Narben ist der gelungene Start ins Jahr 2022.

Der neuste heiße Scheiß aus UK sind **Yard Act** mit ihrem Erstling **The Overload**, erschienen auf ZEN F.C. Für Fans von Gang Of Four, LCD Soundsystem und !!! ein unbedingtes Muss. Die tanzbaren Hooks von LCD und !!! treffen auf den geliebten klassischen englischen Nölgesang. Für mich das perfekte Frühlingsalbum! Mein Anspieltipp ist Pour Another. Ich hoffe doch, dass YA uns dieses

Jahr auch in Deutschland beglücken werden. Kommt im Standard Cover mit bedruckter Innenhülle und zusätzlichem Textblatt.

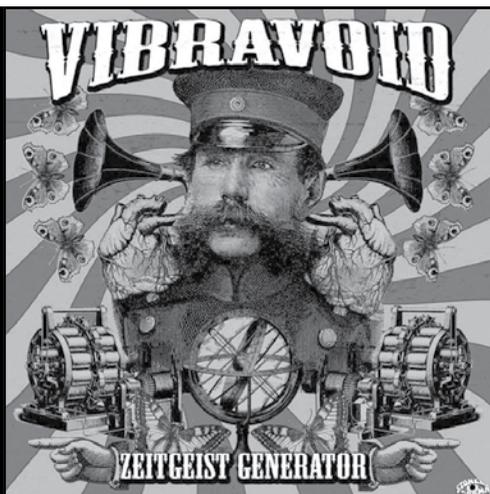
The Baboon Show aus Schweden haben eine neue Single auf den Markt geschmissen. **Oddball** erfindet das Rad nicht neu, verwöhnt den Turbonegro Fan aber auf das Beste. Denn eins müssen wir den Skandinavien*innen im Allgemeinen lassen, beim Thema Schweinerock wissen sie immer, wo die Klubusterbeeren wirklich hängen. Sängerin Cecilia Boström ist für mich die legitime Nachfolgerin von Hank von Helvete und braucht sich hinter dem leider verstorbenen Turbonegro Sänger nicht verstecken! Die B-Seite ist ein glamiger Coversong: Have A Party With Me von Eddie Meduza. Eddie Meduza war ein schwedischer Burlesque Rocker, der uns leider schon 2002 verlassen hat und für seine Bühnenauftritte und -outfits berühmt und berüchtigt war. Beide Seiten der 7" lohnen sich, die Single beinhaltet einen Aufnäher und zwanzigseitigen Comic. Erschienen bei Kidnap Music.

Nun zu Ruhigerem. **Wovenhand** haben ihr neues Album **Silver Sash** auf Glitterhouse Records veröffentlicht. Wovenhand startete als Solo-Project von David Eugene Edwards, das er nach der Auflösung von 16 Horsepower ins Leben rief. Sehr früh

christlich geprägt durch seinen Großvater, der Wanderprediger in den USA war, spiegelt sich das Spirituelle in seinen Liedern wieder. Silver Sash ist ein klassisches Alternativrock-Album und durch den christlich-spirituellen Ansatz werde ich immer wieder an Nick Cave and the Bad Seeds erinnert, nur mit mehr Americana Anteil. Mein Anspieltipp ist Track 8 Of 9. Im Klappcover mit Texten und auch auf limitiertem silbernen Vinyl erhältlich.

Endlich halte ich auch die **Gewalt-Box Paradies** in meinen Händen. Nach diversen Singles haben Gewalt ihr erstes Album via Clouds Hill veröffentlicht. Als normale LP oder als Box Edition mit Single Kompilation und üppigem Hardcover Buch. Ich war erst skeptisch, ob eine Band, die in den letzten Jahren unzählige, hervorragende Singles veröffentlicht hat, in Albumlänge funktioniert. Aber schon die Vorab-Single Paradies, auf der der Titeltrack von 10:17 Minuten auf beide Seiten aufgeteilt ist, hat viel versprochen - was dann auch vom kompletten Album gehalten wird. Zehn Songs, die den alten Singles in nichts nachstehen, sowohl musikalisch als auch textlich. Nicht umsonst kann man Gewalt momentan als die Beste deutsche Noise-Industrial Band bezeichnen! Der Box liegt eine zweite LP bei, die die zum Teil ausverkauften Singles enthält. Schon





alleine dafür lohnt es sich, nach der Box Ausschau zu halten. Das Hardcover Buch dazu rundet das komplette Set mit Fotos, Texten und Kurzgeschichten ab! Die Box ist auch direkt beim Label erhältlich.

Das jährliche **Vibravoid** Album ist ebenfalls erschienen und wie gewohnt gibt es auf **Zeitgeist Generator** Psychedelic Rock in Höchstqualität. Dr. Koch und Band geben wieder alles und der Psychedelic & Garage Rock-Fan wird das Album sowieso schon zuhause stehen haben. Nicht umsonst sind Vibravoid das Düsseldorfer Aushängeschild in Sachen Psychedelic und wird international als Referenz-Band gehandelt. Zeitgeist Generator hat mit seinen 15 Songs keine Ausfälle und als Fan Boy spare ich mir den Rest! Dr. Koch war wie gehabt für das Artwork zuständig und da gibt es dann auch nicht mehr viel zu sagen. Erhältlich über Stoned Karma Records oder im gut sortierten Fachhandel und in den verschiedensten Editionen, Farben und Preisklassen.

Dieser Tage in Düsseldorf eingetroffen ist der Repress von **Aunt Sallys** S/T Debütalbum. Die Veröffentlichung habe ich ja in der Terz 12.2021 im Phew Special angekündigt. Das Label Mesh-Key aus New York hat sich glücklicherweise erbarmt und diesen Meilenstein des Art Punks aus Japan wiederveröffentlicht und über seine Bandcamp Seite vertrieben. Das Album ist original 1979 in Japan veröffentlicht worden und der Repress beinhaltet eine Single mit zwei Live Songs von Aunt Sallys Debüt Show vom 4. November 1978 im Shakoukan, Kobe College in Japan. Und schon die beiden Live Songs, Subete Urimono und Panorama-tou / Cool Cold sind der absolute Wahnsinn! So muss Punk klingen: wild, roh und ungestüm. Das Album selber ist ein wenig Art-Punk-lastiger und spielfreudiger als die Live Single, was aber keineswegs abwertend gemeint ist. Es reiht sich sehr gut in die Phew Veröffentlichungen ein und Subete Urimono in der Studio Version ist auch ein absoluter Anspieltipp.

Das Album begeistert mich! Mit etwas Glück wird Aunt Sally auch in Deutschland vertrieben, ansonsten in New York bei Mesh-Key bestellen. Ein Meilenstein, endlich wieder veröffentlicht, Buy or Die!

Den Abschluss machen dieses Mal **Cloakroom** aus Northwest Indiana, USA, mit ihrem dritten Album **Dissolution Wave**, veröffentlicht auf Relapse Records. Shoegaze/Stoner Rock, unheimlich langsam gespielt mit verzerrten Indie Gitarren und melancholischem Gesang. Ich bin durch eine Vorankündigung des zweiten Albums Time Well von 2017 auf Cloakroom aufmerksam geworden, das mich damals sofort gefesselt hatte. Umso erfreuter war ich, als Ende '21 die Ankündigung kam, dass Cloakroom Anfang '22 ein neues Album herausbringen werden. Dissolution Wave knüpft nahtlos an Time Well an, hört euch Lambspring an, so klingen traurige Lieder.

Dann bis April ...

↑
EUER OBERBILKER

ANZEIGE

SOLIANZEIGE

komma
Verein für Frauenkommunikation e.V.

M A R C H

www.komma-duesseldorf.de

STAY!
DÜSSELDORFER FLÜCHTLINGSINITIATIVE

Bitte unterstützt uns,
damit wir weiter
Geflüchtete
unterstützen können.

Keine Grenzen - Flüchtlinge Willkommen!

www.stay-duesseldorf.de

Neuerscheinung:

Gruppe Internationaler Kommunisten - Rätekommunismus (Radencommunisme) 1938-1940

Aufblende

Weltweit protestieren zur Zeit viele Menschen gegen staatliche Coronaverordnungen. Von weit rechts bis ins linke Lager hinein hört man den Ruf nach Freiheit gegen staatliche Zwangsmaßnahmen. Menschen, die bislang als kreuzbrave Bürger galten, laufen lautstark mit kernigen Anti-Impf-Parolen ausgerüstet durch die Innenstädte und verunsichern hauptamtliche und freischaffende Liebhaber der staatlichen Gesundheitspolitik. Dabei zeigt ein differenzierter Blick auf das bunte Bild der Gegner*innen der Corona-Politik, dass diese sich im Kern nicht wesentlich von den Befürworter*innen unterscheiden. Für Erstere versündigt sich der bürgerliche Staat an seiner vermeintlichen Aufgabe, die individuellen und kollektiven Freiheiten seiner Bürger nach außen und innen abzusichern. Letztere hingegen sind der Meinung, dass gerade jetzt durch ein konsequentes staatliches Handeln langfristig den Interessen der Bürger Genüge getan wird. Einig sind sich Befürworter*innen und Gegner*innen somit im positiven Bezug auf das staatliche Gewaltmonopol, das dem „Gemeinwohl“ verpflichtet ist beziehungsweise sein soll. Wenn Bürger*innen die „Freiheit“ beschwören, dann übersehen sie geflissentlich die Wirtschaftsordnung der Gesellschaft, die durch unübersehbare Gesetzespakete, Verordnungen, Strafordrohungen etc. gewaltmäßig abgesichert werden muss. Sie übersehen die mit der Eigentumsordnung in die Welt kommenden Gegensätze zwischen Käufer*innen und Verkäufer*innen, zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen, zwischen Kooperation und Konkurrenz, deren unschöne Folgen allen unter dem Stichwort „Marktversagen“ durchaus bekannt sind.

Das „Recht der Allgemeinheit“, das sie von ihren unterschiedlichen Standpunkten eintragen, beinhaltet also die „Vernunft“, die zum Fortbestand dieser Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft erforderlich ist.

Rückblende

Blenden wir von der gegenwärtigen Protestkultur zirka 100 Jahre zurück in die zwanziger Jahre. Damals gab es in vielen Ländern europa- und weltweit Streiks, Aufstände, Demonstrationen, Revolutionen, die das gesamte Spektrum des Widerstan-



des gegen die Eigentumsordnung und die sie sichernden staatlichen Maßnahmen abbildeten. Von untertäniger Bittstellerei über kompromisslose Durchsetzung ökonomischer und politischer Forderungen bis zur Infragestellung der gesamten politischen Strukturen aller bisherigen Gesellschaften reichte die Bandbreite der damaligen kritischen Auseinandersetzung mit den für den größten Teil der Bevölkerung schädlichen Lebensbedingungen.

Zu den radikalen Kritikern der gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus gehörte die Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK). Sie bildete sich 1927 vor dem Hintergrund der Diktatur über das Proletariat in der Sowjetunion und zugleich als Resultat der Klassenkämpfe in Deutschland. Die in den Niederlanden ansässige kleine Gruppe von Marxisten publizierte zahlreiche Bücher und Zeitschriften in niederländischer und deutscher Sprache, bis die Faschisten 1940 die Niederlande besetzten und jede öffentliche Arbeit linker Gruppierungen zu verhindern wussten.

Nun liegt erstmals die niederländische Zeitschrift „Radencommunisme“ (Rätekommunismus) der Gruppe von 1938 bis 1940 in deutscher Übersetzung vor. Nach den zuvor wiederveröffentlichten deutschsprachigen Zeitschriften „Pressedienst“ (1928 bis 1933) und „Rätekorrespondenz“ (1934 bis 1937) bieten auch die Ausgaben des „Radencommunisme“ nicht nur für historisch interes-

sierte Leser*innen einen aufschlussreichen marxistischen Blick auf den Zeitraum von der Weltwirtschaftskrise über die Macht ergreifung Hitlers in Deutschland bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges.

In ihren Publikationen analysierte die Gruppe Internationaler Kommunisten die politische Ökonomie in den kapitalistischen Staaten und deren Kolonien sowie die aktuellen Entwicklungen des Klassenkampfes. Im Gegensatz zu den moskautreuen Kommunisten lehnten sie taktische und strategische Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien und Organisationen ab, da sie notwendig die Instrumentalisierung der Arbeiterklasse für die Belange der herrschenden Klasse bedeuteten würden. Wie die Aufhebung der Lohnarbeit im Zuge der sozialen Revolution erreicht und im Anschluss an die soziale Revolution gesichert werden kann, mit anderen Worten, wie die gemeinschaftlich ausgeübte Verfügung über die Produktion durch die freien Produzenten sich organisieren lässt, das ist der zentrale Inhalt, den die GIK in ihren Schriften propagierte. Entsprechend bestand für die GIK die erste Aufgabe der revolutionären Arbeiter darin, zu versuchen, die revolutionäre Betriebseinheit zu bewahren und die neue Art des Kampfes unter dem Motto „Raus aus der Gewerkschaft, rein in die Betriebsorganisation“ zur einzig gültigen zu machen.

HENRICI

Jacobitz/Königshofen (Hrsg.): Rätekommunismus (Radencommunisme) 1938-1940. Red & Black Books, Hamburg 2022, 401 Seiten, ISBN 978-3-9823797-9-1

Bisherige Veröffentlichungen:

Jacobitz/Königshofen (Hrsg.): P.I.K. Pressedienst der Internationalen Kommunisten – Holland, 1928 – 1933. Syndikat A 2021, 218 Seiten, ISBN: 978-3-949036-01-9

Jacobitz/Königshofen: Internationale Rätekorrespondenz 1934-1937. Erschienen 2020, 504 Seiten. Erhältlich bei Amazon.de ISBN-13: 979-8551636052

Hermann Lueer (Hrsg.): GIK – Grundprinzipien Kommunischer Produktion und Verteilung (1935). Red & Black Books, Hamburg 2020, 340 Seiten, ISBN 978601283687

Hermann Lueer (Hrsg.): GIK – Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen! Red & Black Books, Hamburg 2021, 111 Seiten ISBN 978-3-9822065-8-5

Hermann Lueer (Hrsg.): GIK – Versetzt die ganze Staatsmaschinerie ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt! Red & Black Books, Hamburg 2021, 111 Seiten ISBN 978-3-9822065-9-2

ÖFFNUNG UNSERES BÜROS UNTER EINHALTUNG VON 3G

Öffnungszeiten vor Ort:

- Montag - Donnerstag, 11:00 - 14:00 Uhr

Digitale Sprechstunde per MS-Teams:

- Montags, 10:00 - 11:00 Uhr

Bitte denkt daran, euch vor Ort ein entsprechendes 3G-Bändchen in Gebäude 7 abzuholen. Nur so ist der Eintritt in unser Gebäude möglich.

Bitte schaut auch regelmäßig auf unserer Webseite astahsd.de vorbei, um über regelmäßige Änderungen informiert zu sein. ❤️



ASTA

Hochschule Düsseldorf

Studierenden JETZT helfen

Neue Forderungen des Bündnisses Solidarsemester

Das Landes-ASTen-Treffen NRW ist als landesweite Studierendenvertretung Teil des Bündnisses Solidarsemester, welches sich zu Beginn der Pandemie gegründet hat und aus über 200 Organisationen besteht. Einige Forderungen konnte das Bündnis durchsetzen, doch auch im dritten Pandemiejahr liegt vieles im Argen. Daher veröffentlicht das Bündnis jetzt einen erneuerten Forderungskatalog, der die Politik zum Handeln bringen soll. „Die verzweifelte Lage vieler Studierender wird seit Beginn der Pandemie nicht ernst genommen,“ so Tobias Zorn, Koordinator beim LAT NRW. „Eine aktuelle Umfrage der bundesweiten Studierendenvertretung fzs zeigt, dass Studierende körperlich wie psychisch unter der unsicheren Situation leiden. Ihr Semester war kaum planbar und ist zwischen Präsenz und Online hin- und hergewechselt. Hinzu kommen anhaltende finanzielle Schwierigkeiten durch weggebrochene Jobs und Verschuldung.“

„Die geringe finanzielle Hilfe, die es vom Bund gab, ist letztes Jahr im September ausgelaufen. Es gibt aber keine Grunsicherung für Studierende - das muss jetzt schnell geändert werden! Exmatrikulationen aus Geldnot müssen verhindert werden,“ fügt Amanda Steinmaus, Koordinatorin beim LAT NRW, hinzu. „Belastend wirken außerdem die intransparenten und oft harten Entscheidungen von Hochschulen und Ämtern. Wir plädieren für eine Fristenfreiheit in verschiedenen Bereichen, bessere digitale Teilhabe und Lösungen für die spezifischen Probleme internationaler Studierender.“

Die sechs Kernforderungen sowie die Liste der Bündnispartner*innen finden sich auf der Website des Bündnisses: www.solidarsemester.de (Landes-ASTen-Treffen NRW)

Projektstelle Gedenkstättenfahrten-Support

Auch 2022 werden wieder mehrere Gedenkstättenfahrten des u. a. vom ASTA der HSD unterstützten Arbeitskreises Gedenkstättenfahrten stattfinden. Eine Übersicht ist dem Flyer unten zu entnehmen. Anmeldungen sind ab sofort möglich. Nähere Infos zu den einzelnen Fahrten erhaltet ihr unverbindlich unter der Mail ak-gedenk@gmx.net

Im und vor dem ASTA-Büro liegen auch gedruckte Flyer mit näheren Infos zu jeder der vier Fahrten aus. Infos zum Projekt Gedenkstättenfahrten-Support des ASTA findet ihr hier:

<https://astahsd.de/gedenkstaettenfahrten-support>

Veranstaltet vom Arbeitskreis Gedenkstättenfahrten (NRW)

2022

Gedenkstättenfahrten

Stigmatisierung, Entmenschlichung,
Täuschung und Vernichtung,
Widerstand und Selbstbehauptung,
Erinnern und Gedenken



Kontakt für nähere Infos
ak-gedenk@gmx.net

Hessen, 24. April 2022:
Gedenkstätte Hadamar für die Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen.
Seminartag zur Vorbereitung: 23. April.

Brandenburg, 7.–10. Juli 2022:
Gedenkstätte Frauen-KZ Ravensbrück/
Gedenkort Jugend-KZ für Mädchen und junge Frauen Uckermark. Seminartag zur Vorbereitung: 11. Juni.

Tschechien, 20.–24. Juli 2022:
Prag – Lety – Lidice – Terezín/Theresienstadt.
Seminartage zur Vorbereitung: 25. und 26. Juni.

Ostpolen, 5.–11. September 2022:
Warschau – Lublin – Izbica – Belzec – Sobibór – Treblinka – Warschau.
Seminartag zur Vorbereitung: 30. Juli.

Der Antifa-AK an der HSD präsentiert als Mitveranstalter:

INPUT – antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf

Dienstag, 29. März 2022, 19:30 Uhr

Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Aktuelle Entwicklungen in der Pandemieleugner*innen- und Impfgegner*innen-Bewegung am Beispiel Düsseldorfs

„Wer hat das größte „Antifa“-Banner in Düsseldorf?“ So würde die erste Frage lauten, wäre INPUT ein Pub-Quiz-Abend. Anfang Februar 2022 tauchte bei den wöchentlichen rechts-offenen bis offen extrem rechten Demos der „APO“-Bewegung (ehemals „Querdenken“ Düsseldorf bzw NRW) der Pandemieleugner*innen und Impfgegner*innen in Düsseldorf erstmals ein Banner mit der Aufschrift „Echte Antifa“ auf, verziert mit dem klassischen Logo der Antifaschistischen Aktion und einem schwarz-roten Stern. Davor oder dahinter laufen die üblichen Reichsbürger*innen, stadtbekannte Neonazis, beispielsweise von der „Bruder-

schaft Deutschland“, Burschenschaftler der „Rhenania Salingia“, AfD/JA- und „identitäre“ Aktivist*innen und viele, viele Wutbürger*innen. Gemeinsam beschimpfen sie den sich langsam formierenden Gegenprotest mit „Nazis raus!“ . Steht die Welt auf dem Kopf? Keineswegs. Die vermeintlich neuen Formen und Player der Bewegung sind oft altbekannt aus der (extrem) rechten Szene, und auch die Aneignung von linken Konzepten, Aktionsformen und Begriffen sowie deren 180 Grad-Umdeutung ist nicht neu. Die INPUT-Veranstaltung bietet ein Update zu aktuellen Entwicklungen und Raum für Diskussionen - auch über Gegenkonzepte.

„INPUT – antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf“ existiert seit 2002 und findet in der Regel an jedem letzten Dienstag im Monat an wechselnden Orten statt. Aktuelle INPUT-Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis an der HSD, AG INPUT und Antirassistisches Bildungsforum Rheinland (ABR), in Kooperation mit SJD – Die Falken Düsseldorf. Ankündigungen finden sich auf Instagram ([input_duesseldorf](https://www.instagram.com/input_duesseldorf)) und Facebook ([input-antifaschistischer-themenabend](https://www.facebook.com/input-antifaschistischer-themenabend/)).

Diese Seite wird erstellt vom ASTA der Hochschule Düsseldorf. V.i.S.d.P. ist der aktuelle Vorsitz des Allgemeinen Studierendenausschusses.

03 2022



<https://linkes-zentrum.de>
Corneliusstr. 108

Di 01.03. // 18:30 – 20:30

This is what a feminist looks like Feministischer Schreibworkshop für FLINTA*

Die Revolution beginnt hier ...
Unser Körper - Unsere Entscheidungen - Wir erheben unsere Stimme!

Gemeinsam werden wir einen mutigen und offenen Raum schaffen, in dem wir unseren Körper als Erzähler*in unserer Geschichte entdecken und dieser Stimme Gehör verschaffen.

Keine Vorkenntnisse nötig. Anmeldung erforderlich per DM. Eine Veranstaltung von see red! Interventionistische Linke Düsseldorf.

Einlass: 2G+, aufgrund der aktuellen Corona Lage bitten wir euch am Veranstaltungstag nochmal auf die Webseite zu schauen. Unter Umständen ändern sich die Einlassregeln.

Do 03.03. // 19:00

Cafe Bunte Bilder: Kneipe Kneipenabend mit Vokü.

Einlass: 2G+ Aufgrund der aktuellen Corona Lage bitten wir euch, am Veranstaltungstag nochmal auf die Webseite zu schauen. Unter Umständen ändern sich die Einlassregeln oder wir müssen die Veranstaltung absagen.

Sa 05.03. // 14:30

Demonstration anlässlich des internationalen feministischen Kampftages

Das Bündnis Feministischer Kampftag Düsseldorf ruft auf zur Demonstration anlässlich des Internationalen Feministischen Kampftages (8. März).

Sammlung 14.30 - Auftaktkundgebung 15.00
Treffpunkt: Johannes-Rau-Platz Düsseldorf (Haltestelle: Landtag/Kniebrücke)

Siehe Seite 6 und 7 dieser TERZ-Ausgabe.

Mo 07.03. // 19:00 – 21:00

Radikale Selbstfürsorge & Nachhaltiger Aktivismus

FLINTA* only, Einlass 2G++, d. h. nur Geboosterte mit zusätzlich zertifiziertem Test. Dieser Vortrag ist eine Veranstaltung vom „Bündnis feministischer Kampftag“.

Es geht um das gute Leben für alle, aber dabei soll es uns natürlich auch gut gehen.

Los geht es mit einem Input, dann geht es mit einer Leseprobe von „Radikale Selbstfürsorge“ von Svenja Gräfen weiter und dazwischen ist Raum für einen persönlichen Austausch.

Wir richten uns dabei an alle: egal ob ihr noch keine Erfahrung im politischen Aktivismus habt, euch bereits mit Freund*innen auf politischen Aktionen bewegt oder sogar seit Jahren aktiv seid. Ihr seid alle herzlich eingeladen!

Für Schokolade wird gesorgt.

Aufgrund der aktuellen Coronasituation werden wir die Gruppe in der Teilnehmendenzahl beschränken. Meldet euch daher bitte per E-Mail unter feministischevernetzung_duesseldorf@riseup.net an. Wir bitten euch am Veranstaltungstag nochmal in eure Mails zu schauen. Unter Umständen ändern sich die Einlassregeln oder wir müssen die Veranstaltung auf online verlegen.

Di 08.03. // 19:00

KinoKinoKino

»Die allseitig reduzierte Persönlichkeit – Redupers«

Es ist Kampftag und wir zeigen einen Klassiker des feministischen Kinos. Helke Sander zeigte 1978 auf der Berlinale anhand der Geschichte der freien Fotografin Edda Chiemyjewski das Leben einer alleinerziehenden Frau in der vom Patriarchat geprägten Bundesrepublik. Der Film begleitet Edda zwei Tage in Westberlin und nimmt uns mit in ihr durch getaktetes Leben zwischen Pressetermin, Tochter und Frauengruppe – Zeit für sie selbst bleibt da wenig. Alles Themen, die wie die andauernde Dominanz des Patriarchats auch 44 Jahre später aktuell sind. Sander gehört zum ersten Jahrgang der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (dfffb) 1966, der sich intensiv in die Revolte 1967/68 einbrachte. Aufgrund der Mehrfachbelastung der Frauen gründete sie in Berlin Ender der 60er Jahre die Kinderläden mit und wurde eine der Pionierinnen der zweiten deutschen Frauenbewegung der frühen 70er Jahre.

Trailer: <https://vimeo.com/40914855>

Aus der Küche kommt ein Reis-Schalen Gericht.

Film 20:00

Eine Veranstaltung von d3.

2G+ Schnelltest vor Ort möglich

Do 10.03. // 19:00

Kneipenabend

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat macht die Donnerstagskneipe das LZ auf für gemütliches Einkehren, kühle Getränke und mal mehr und mal weniger konspirative Pläuschchen.

Ob und wie die Veranstaltung stattfinden kann, entscheiden wir kurzfristig mit Rücksicht auf die aktuelle Lage der Pandemie. Bei uns gilt 2G+ tagesaktueller Schnelltest. Wir sagen rechtzeitig Bescheid.

Fr 11.03. // 19:00 – 22:00

Solifuttern im Linken Zentrum

Wir unterstützen euren Start ins Wochenende mit Nussecken und Butzini. Ein kühles Getränk darf natürlich nicht fehlen!

Der Erlös fließt in die Finanzierung von Soli-Abos des LOTTA Magazin, antifaschistische Zeitung aus NRW - Infos findet ihr hier <https://www.lotta-magazin.de/> Wegen Corona: 2G+ , super wenn alle einen tagesaktuellen Test haben, Schnelltest vor Ort möglich.

Mo 14.03. // 19:00 – 22:00

Turn Left!

Ihr seid neu in der Stadt oder schon länger hier? Ihr sucht einen Ort für politischen Austausch zu vielfältigen Themen, welche wir gemeinsam entwickeln können? Ihr sucht einen Einstieg in politische Theorie & Praxis?

All das wollen wir euch mit TURN LEFT bieten.

Ob euch die Nazis in der Stadt stören, ihr euch über die horrenden Mieten aufregt, feministische Themen spreaden oder etwas gegen den Klimakollaps unternehmen wollt. Hier ist Platz für alle Themen rund um linke Politik. Mal einen Text lesen oder am Abend bei einem Bierchen über die politische Lage sprechen, gehört für uns genauso dazu, wie Workshops z. B. über das Erstellen von Flyern und Aufklebern. Aber vor allem wollen wir mit euch gemeinsam Protest organisieren.

Denn eine andere Welt ist möglich.



Do 17.03. // 19:00

Cafe Bunte Bilder: Kneipe Kneipenabend mit Vokü.

Einlass: 2G+ Aufgrund der aktuellen Corona Lage bitten wir euch, am Veranstaltungstag nochmal auf die Webseite zu schauen. Unter Umständen ändern sich die Einlassregeln oder wir müssen die Veranstaltung absagen.

Do 24.03. // 19:00

Kneipenabend

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat macht die Donnerstagskneipe das LZ auf für gemütliches Einkehren, kühle Getränke und mal mehr und mal weniger konspirative Pläuschchen.

Ob und wie die Veranstaltung stattfinden kann, entscheiden wir kurzfristig mit Rücksicht auf die aktuelle Lage der Pandemie. Bei uns gilt 2G+ tagesaktueller Schnelltest. Wir sagen rechtzeitig Bescheid.

Fr 25.03. // 20:00 – 23:00

Soirée Rouge

Wir laden euch zu unserer Fortführung des Jardin Rouge ein. Jeden 4. Freitag im Monat auf ein Getränk mit see red!

Di 29.03. // 19:00 – 22:30

INPUT Antifaschistischer Themenabend

Neue Player, neue Formen: Aktuelle Entwicklungen in der Pandemie-leugner*innen- und Impfgegner*innen-Bewegung am Beispiel Düsseldorfs.

Referent*in: ReGA Düsseldorf.

Siehe Seite 23 dieser TERZ-Ausgabe.

Do 31.03. // 19:00

Cafe Bunte Bilder: Kneipe Kneipenabend mit Vokü.

Einlass: 2G+ Aufgrund der aktuellen Corona Lage bitten wir euch, am Veranstaltungstag nochmal auf die Webseite zu schauen. Unter Umständen ändern sich die Einlassregeln oder wir müssen die Veranstaltung absagen.

Unterstützt den Hinterhof! Spendet an:
KUPO e.V.
IBAN: DE44 3005 0110 1004 7814 88 |
Stichwort: Hinterhof
Kontakt: info@linkes-zentrum.de